

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 z. mit Zustellgeld 3,80 z. Bei Postbezug monatl. 3,89 z. vierteljährlich 11,66 z. Unter Streifenband monatl. 7,50 z. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 275

Bromberg, Donnerstag, den 26. November 1936.

60. Jahrg.

England streckt Fühler aus...

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Mitglieder der Britischen Regierung werden nicht müde, in ihren offiziellen Reden immer wieder zu erklären, daß England nach wie vor am Prinzip der kollektiven Sicherheit festhalte. Doch auch in England weiß es jedes Kind, daß dieses Prinzip in den letzten Monaten eine sehr erhebliche Einbuße erlitten hat und daß von dessen praktischer Anwendung in der europäischen Politik wohl kaum mehr ernstlich die Rede sein kann. Das ist eine reale Tatsache, mit der England rechnen muß, ob es will oder nicht. Und so sieht man denn auch, wie die Leiter der britischen Politik, während sie einerseits in der Theorie noch immer die Phrase vom Prinzip der kollektiven Sicherheit im Munde führen, andererseits in der Praxis eine Politik betreiben, die in weitestem Maße der Tatsache Rechnung trägt, daß im heutigen Europa kein aktionsfähiges internationales Institut, das die kollektive Sicherheit garantieren könnte, vorhanden ist und daß daher zurzeit ganz andere Methoden angewandt werden müssen. Dieses beweisen zur Genüge Anthony Edens kürzliche programmatische Unterhausrede, die während des Besuchs des Obersten Bed geführten englisch-polnischen Verhandlungen, die britische Reaktion auf die Wiener Dreier-Konferenz, das deutliche Bestreben Englands, mit Italien wieder zu einer Verständigung zu gelangen und eine Reihe ähnlicher Anzeichen mehr.

Diese Neigung der britischen Politik, es einseitig mit anderen Mitteln zu versuchen und der verschiedenen Schwierigkeiten, die die sich täglich verändernde europäische Situation England darbietet, zunächst mit Hilfe zweiseitiger Verhandlungen Herr zu werden, zeigte sich am deutlichsten anlässlich des kürzlich in Londoner Besuchs des polnischen Außenministers Bed. Regierung und öffentliche Meinung Englands sind seit Jahr und Tag von der Angst über die Herrschaft ein's Tages wieder in einen europäischen Krieg, der seinen Ursprung in einem Diskonflikt nehmen könnte, besessen zu werden. Dieses will man unter allen Umständen vermeiden. Aber wie? Der Komplex der europäischen Spannungen hat sich während der letzten Monate ziemlich deutlich vom Westen nach Osten hin verschoben. Neben der Achse von Spannungen, die sich längs des Rheins abzeichnen, tritt immer deutlicher die zweite Achse des Kräftegleichgewichts zwischen dem Dritten Reich und Sowjetrußland in Erscheinung. Diese Tatsache allein macht das Interesse Londons für Polen be-
deutend und natürlich. Man hofft in London eingeständenermaßen, daß Polen gegebenenfalls England davor beschützen wird, in einen „Diskonflikt“ mit hineingezogen zu werden, ja, daß es vielleicht die Möglichkeit besitzen würde, den drohenden Diskonflikt gänzlich zu verhindern, besonders, wenn es in der Ausführung dieser europäischen Aufgabe von England unterstützt werden würde.

Man weist in London darauf hin, daß zwischen den Bestrebungen beider Staaten „eine gewisse Parallelität“ bestehe, insofern als beide Länder auf dem Kontinent Vermittler sein möchten. Im deutsch-polnischen Freundschaftsbündnis und in der Tatsache, daß Polen den französisch-sowjet-russischen Pakt mit offensichtlichem Mißtrauen betrachtet, sieht England weitere Momente, die Polen zur Ausübung seiner Friedensmission im Osten Europas befähigen dürften: wenn es ihm gelingen sollte, sagte man sich in London, Frankreich zur Aufgabe des Sowjetpakt zu bewegen und hiermit das hauptsächlichste Hindernis zum Abschluß eines Westpakt aus dem Wege zu räumen, so könnte dieses lediglich mit Hilfe Polens erreicht werden, dessen traditionelle Beziehungen zu Frankreich es zur Ausübung einer solch heiklen Mission am geeignetsten machen. Das waren etwa die Ideen, mit denen die britische Politik an das Londoner Zwiesgespräch mit Polen heranging, und die, insofern sich dieses schon feststellen läßt, im Ergebnis dieser zweiseitigen Verhandlungen nun wesentlich greifbarere Formen angenommen haben.

Ein anderes Ereignis, das von der englischen Presse allerdings viel weniger als die englisch-polnischen Verhandlungen besprochen wurde, aber ohne Zweifel ebenfalls als ein weiterer Beweis für die zunehmende Neigung Englands, den Problemen Europas zunächst mit Hilfe zweiseitiger Verhandlungen beizukommen, betrachtet werden kann, war der Londoner Besuch des Prinzregenten Paul von Jugoslawien. Dieser Besuch fiel — vielleicht nicht ganz durch Zufall — mit der Wiener Dreier-Konferenz zusammen. Und die Engländer ließen in ihren Kommentaren zu diesen beiden Ereignissen über die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge nur wenig Zweifel übrig. England betrachtet die Emanzipationsbestrebungen Ungarns und Österreichs und den mit jedem Tage immer deutlicher werdenden Zerfall der kleinen Entente mit größtem Interesse, um nicht zu sagen mit Spannung.

Die Versuche, die in letzter Zeit zu einer italienisch-jugoslawischen Annäherung gemacht worden sind, stellen das Britische Weltreich vor ein Novum, mit dem es noch bis vor kurzem überhaupt nicht gerechnet hat. Als das bei weitem wichtigste Ergebnis der Wiener Dreier-Konferenz betrachtet man hier die in Wien offiziell bekanntgegebene Befreiung Ungarns von den seine Wehrhoheit einschränkenden Klauseln des Vertrages von Trianon. Man hat mit diesem Ereignis allerdings seit längerer Zeit gerechnet und nahm es als selbstverständlich an, daß Ungarn auch in der Zwischenzeit nicht leichtfertig genug gewesen war, seine

Das Dritte Reich vom Nobelpreis-Komitee provoziert!

Friedens-Nobelpreis für einen Hochverräter

Wie das Deutsche Nachrichten-Bureau aus Oslo meldet, hat das Nobelpreis-Komitee den Friedens-Nobelpreis für 1935 Karl von Ossieky zugeteilt. Den Friedens-Nobelpreis für 1936 hat der argentinische Außenminister Carlos Saavedra Lamasa erhalten.

Der Entschluß des Osloer Nobelpreis-Komitees, Ossieky den Friedens-Nobelpreis zuzuerkennen, hat in weiten Kreisen des schwedischen Volkes starkes Befremden hervorgerufen. Der älteste Nachkomme des Preisstifters, Ingenieur Ludwig Nobel, hat im „Aftonbladet“ eine Erklärung veröffentlicht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

„Ich bin vollends derselben Meinung wie der Präsident Hambro, daß es unglücklich ist, wenn der Friedenspreis zu parteipolitischen oder überhaupt zu Zwecken benutzt wird, die Streitigkeiten hervorrufen könnten. Nichts könnte mehr dem Wunsche Alfred Nobels zuwiderlaufen; dies geht schon aus dem bloßen Namen des Preises hervor. Ich will mich nicht über die Personwahl aus solche äußern, aber der Preis soll nicht den Zweck haben, Streit zu entfachen. Eine solche Sache ist selbstverständlich.“

Das Blatt selbst nimmt an leitender Stelle unter der Überschrift „Trotz allem — Ossieky“ eine ähnlich abweisende Stellung zu der Osloer Entgeißelung ein. Die Verleihung des Friedenspreises an Ossieky sei, so heißt es darin, ein lästiges und verhängliches Manöver, das ganz und gar nicht mit dem Zweck des Friedenspreises, entspannend und versöhnend zu wirken, im Einklang steht. Dieser Auffassung schließen sich auch andere Blätter an. Das Deutsche Nachrichten-Bureau erblickt in dieser Entgeißelung eine Herausforderung Deutschlands.

„Mit Karl von Ossieky“, so heißt es in dem Kommentar, „ist der Friedens-Nobelpreis zum ersten Mal an einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Karl von Ossieky wurde am 23. November 1931, also in der Zeit der Novemberrepublik, vom 4. Strafgericht des Reichsgerichts wegen Landesverrat zu einer Strafe von 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat diese Strafe im Mai 1932 angetreten. Ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wurde von diesem abgelehnt. Ossieky ist Weihnachten 1932 auf Grund einer allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt worden. Im Gegensatz zum Sowjetstaat, der jeden politischen Gegner an die Wand stellen läßt, hat sich das Nationalsozialistische Deutschland darauf beschränkt, Ossieky am 28. Februar 1933 in Sicherungsverwahrung nehmen zu lassen. Ossieky ist vor längerer Zeit aus dieser Haft entlassen worden und befindet sich in Freiheit.“

Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine derart unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschlands, daß darauf eine entsprechende deutliche Antwort erfolgen wird.“

Sicherheit gänzlich zu vernachlässigen. Aber der in Wien gefasste Beschluß ist ein weiterer bedeutender Schritt auf dem Wege der Liquidierung des unseligen Krieges und wird als solcher in England keineswegs übersehen. Desgleichen haben die letzten Reden Mussolinis die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und hiermit auch diejenige Englands erneut auf Ungarn und auf das Problem seiner in den Nachfolgestaaten lebenden Volksgenossen gelenkt. Vor allem beginnt man in England immer mehr und mehr die unhaltbaren Zustände unter den im Gebiete der Tschechoslowakei lebenden Nationalitäten zu begreifen und als Gefahr für den Frieden Europas zu erkennen. Anthony Edens wiederholte Hinweise darauf, daß der Völkerverbund, um seine Autorität wiederzugewinnen, auch für die Möglichkeit friedlicher Abänderungen auf Grund des Artikels 19 Sorge tragen müsse, sind natürlich vor allem auf die eines Tages unvermeidliche Neuregelung der Dinge im Donauraum gezielt. Daß Jugoslawien bei einer solchen kommenden Neuregelung eine wesentlich andere Rolle als die Tschechoslowakei und Rumänien spielen dürfte, weiß man in England ebenfalls. Und die zurzeit anlässlich des Londoner Aufenthalts des Prinzregenten Paul geführten englisch-jugoslawischen Zwiesgespräche dürften vor allem den Zweck verfolgen, England eine klarere Vorstellung von den sich schon jetzt deutlich abhebenden Neugestaltungen im Donauraum und an der Adria zu geben.

Nachdem Oberst Bed und Prinzregent Paul London verlassen haben, spricht man in England bereits davon, hier demnächst einen dritten distinguierten Fremden zu empfangen. Dieser Dritte wird — wenn nicht alle Anzeichen trügen — der italienische Außenminister Graf Ciano sein. Die verschiedenen in Rom gemachten Andeutungen, daß Graf Ciano eine Einladung, London zu besuchen, um mit den Mitgliedern der Britischen Regierung die internationalen Probleme zu erörtern, annehmen würde, sind hier nicht auf taube Ohren gefallen, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß diese Einladung in Bälde nach Rom abgehen dürfte. Eine Reihe von Reden und Ereignissen

Aus Berlin wird uns zu der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Karl von Ossieky noch geschrieben:

In Deutschland fühlt man sich dadurch, daß fünf überberatene Männer in Oslo dem hierzulande als staatsgefährlicher Landesverräter angesehenen Karl von Ossieky den Friedens-Nobelpreis verliehen haben, nicht beleidigt. Die freundschaftlichen Beziehungen des deutschen Volkes zu Skandinavien im allgemeinen und zur norwegischen Heimat eines Ibsen und Hansun im besonderen sind so natürlich stark, daß politische Hege sie gottseidant nicht zerstören kann, wenn auch in jedem Deutschen heute unwillkürlich der Gedanke aufkommt, wie so etwas gerade in einem skandinavischen Land, das niemals mit Deutschland in Konflikt stand, geschehen konnte. Vor allem sieht man deutscherseits ein böses Zeichen der Zeit darin, daß mit Vorwissen verantwortlicher öffentlicher Organe Norwegens die hohe und edle Institution des Friedensnobelpreises, die zur Einigung unter den Völkern und zum Heil der Menschheit wirken sollte, mißbraucht wird zu einer gewissenlosen Parteidemonstration und zur bestmöglichen Herausforderung Deutschlands.

Die „Menschenrechte“, in deren Namen Ossieky in der Nachkriegszeit das Behrrecht der Deutschen Nation in den Schmutz zog bis zur offenen Denunzierung seines Vaterlandes gegenüber den ehemals alliierten Mächten, diese „Menschenrechte“ einer ganz bestimmten Oberschicht waren leider schon lange vor dem Kriege zu einer politischen Verzerrung hoher Ideale geworden. Wenn jedoch heute in Norwegen, dessen Politiker — nicht zuletzt der an der Osloer Tendenzwahl beteiligte Dr. Lange — in Genf stets mit den anderen Skandinavieren und sonstigen Vertretern kleinerer Länder als „Gewissen des Völkerverbundes“ auftraten, die kriegerischen und völlig skrupellosen „Menschenrechte“ die einschneidende und nationale Gewissenspflicht so weit verdrängen konnten, dann hat nach deutscher Ansicht für dieses Mal ein kleiner Staat dem Frieden und der Völkerverständigung einen höchst läßlichen Dienst geleistet.

Man kann in Deutschland auch die Haltung des Außenministers Roth und des früheren Außenministers Mowinkel keineswegs als einen ausreichenden Gegenbeweis dafür ansehen. Hat doch der Austritt dieser beiden Männer zweifellos unmittelbar dazu beigetragen, daß man trotz allem für Ossieky stimmte. Erhielt doch der antideutsche gesinnte Dr. Lange einen sauberen Gesinnungsgenossen in dem als Ersakmann zugewählten Chefredakteur Zanmael, dessen „Arbeiterblatt“ sich durch Hege gegen Deutschland besonders auszeichnet. In Deutschland gilt die gesamte Institution der Nobelpreise, durch die so viele deutsche Wissenschaftler geehrt worden sind, nach der bösen Entgeißelung von Oslo als discreditiert. Ossieky, der auf Grund seiner Landesverräterischen Tätigkeit außer „Weltbühne“ bereits 1932 im Gefängnis saß und nach der nationalsozialistischen Macht-ergreifung in Schußhaft genommen war, ist seit längerer Zeit schon auf freiem Fuß und befindet sich in einem Privat-sanatorium.

der letzten Wochen haben den Boden für ein solches englisch-italienisches Zwiesgespräch bereits gut vorbereitet. Die Reden Mussolinis und Edens haben in die seit Beginn der unglückseligen Sanktionspolitik geschaffene verorrone Lage insofern Klarheit gebracht, als beide Länder, bei nachdrücklicher Betonung ihrer vitalen Interessen im Mitteländischen Meer, zur gleichen Zeit vor aller Welt anerkannten, daß auch die Interessen des anderen in diesem Meer nicht minder „vital“ seien. Fernerhin haben solche Ereignisse, wie die soeben erfolgte Unterzeichnung des englisch-italienischen Handelsabkommens, die Zurückziehung der Sikh-Garde von der Britischen Gesandtschaft in Addis Abeba und die mehr als freundlichen Worte, die der britische Premier Stanley Baldwin in seiner Guildhall-Rede Italien widmete, ebenfalls viel dazu beigetragen, zwischen England und Italien eine wesentlich freundlichere Atmosphäre zu schaffen. Die beiden Länder wissen nun genau, daß sie, wenn sie ihre gegenseitigen Mittelmeer-Interessen respektieren würden, die traditionelle Freundschaft zueinander wieder herstellen.

Sie sind, wie die Staatsmänner beider Länder das nun wiederholt versichert haben, gesonnen, die Interessen des anderen zu respektieren. Und einem Beginn direkter englisch-italienischer Verhandlungen steht also zurzeit kaum mehr etwas im Wege. Die kommenden englisch-italienischen Verhandlungen, ebenso wie die englisch-jugoslawischen und englisch-polnischen Verhandlungen, verfolgen, nach englischem Eingeständnis, als Endziel den Abschluß des so lange angestrebten, den Frieden Europas gewährleisten den Fünfmächte-Abkommens. Und die Welt wird es England gewiß nicht zum Vorwurf machen, daß es jene gesteigerte Friedensversichert, die sich in allerletzter Zeit in Europa zu verbreiten begonnen hat, just mit Hilfe jener bilateralen Verhandlungsmethoden erreicht hat, die von Deutschland stets so nachdrücklich befürwortet und von England stets nicht minder entschieden abgelehnt worden sind.

Das Mordurteil von Nowo-Sibirsk.

Der Prozeß gegen die „Schädlinge und Diversanten“ in Nowo-Sibirsk hat mit einem Todesurteil für alle Angeklagten geendet, ein „Rechtspruch“, dessen Ungeheuerlichkeit beweist, daß auf der mit dem Prozeß gegen Sinowjew und Genossen eröffneten Bahn weitergeschritten werden soll. In Nowo-Sibirsk ist die Verhandlung sehr schnell zu Ende geführt worden, es war eben alles schon vorausbestimmt und die nach der neuen Sowjetverfassung „unabhängigen“ Richter hatten nur Anweisungen durchzuführen. Die in der Sowjetpresse veröffentlichten Prozeßberichte erinnern, obwohl sie nicht so umfangreich sind, auch sehr an den Sinowjew-Prozeß. Hier wie dort ein Aufmarsch von unglaublich geständniswilligen Angeklagten, die zugeben, Betriebsstörungen und Arbeitermord verübt zu haben, um die Sowjetregierung zu untergraben.

Nur der angeklagte Deutsche Stidling hat dieses Geständnis nicht abgelegt!

Dafür wird er aber von den anderen Angeklagten um so heftiger angeschuldigt. Und in einem Stimmungsbild der „Frawda“ wird behauptet, daß die Schädlingstätigkeit ausgeübt wurde von einer Gruppe faschistisch gesinnter Fachleute, die von dem Ingenieur Pischonow und dem deutschen Faschisten Stidling geleitet wurden; Nowow und zwei maskierte Trozkisten fanden bald eine gemeinsame Sprache mit dieser gegenrevolutionären faschistischen Gruppe. Die Sowjetpresse erging sich während der Prozeß-Verhandlungen in Kommentaren, die dieses unglückliche Sammelsurium von angeblichen gemeinsamen Interessen von Trozkisten und Faschisten dem Leserkreis glaubhaft machen sollten, ein Bemühen, das nach Lage der Dinge innerhalb der Sowjetunion vor jeder skeptischen Äußerung allerdings geschützt ist. Außerhalb des Sowjetstaates aber wird diese blutige Justizkomödie als das erkannt werden, was sie ist — ein politischer Zweckprozeß, dem noch andere folgen sollen. Für diese hatte Nowo-Sibirsk das Leitmotiv zu geben.

„Geständnisse“.

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“:
Die Nachrichten über den Prozeß, der in Nowo-Sibirsk, der westsibirischen Hauptstadt, am Donnerstag begann, hatten an sich nichts Überraschendes ergeben. Denn abgesehen von dem Deutschen Stidling haben seine acht mitangeklagten Russen alles Verlangte eingestanden, nämlich Spionage, Sabotage und „Terrorismus“. Auf diese Verbrechen steht Tod durch Erschießen.

Bekanntlich werden derartige Prozesse, deren Ausgang von Beginn an feststeht, grundsätzlich erledigt durch „Geständnisse“ der Angeklagten, nicht durch ihre Überführung. Es wird auf sie physischer, aber vor allem moralischer Druck ausgeübt mit solcher Kraft, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt, als zu sagen, was von ihnen gefordert wird. Es spielt vor allem eine Rolle dabei, daß den Angeklagten ihre Verurteilung und Exekution mit Bestimmtheit vor Augen steht und sie nur bei starker moralischer Widerstandskraft sich antrengen, den Anklagen standzuhalten. Sie werden z. B. bedroht mit Maßnahmen gegen ihre Angehörigen — ein sehr wirksames Mittel — und außerdem durch Entziehung des Schlafes und andere Praktiken dieser Art zurbe gemacht.

Es ist zweifelhaft, nach dem, was man von dem Prozeß hört, daß die GPU auf ihrer früheren, in ihrer Art bedeutenden Höhe noch steht. Stidling soll, nach dem Zeugnis des Angeklagten Schubin, 1927 an einer Verschwörung im Walde bei Moskau teilgenommen haben, die unter Trozki stattfand. Was wurde dort beschlossen? Nicht weniger als Rückkehr zum Kapitalismus, Arm in Arm mit dem Faschismus. Es gab damals in der Tat eine „Verschwörung im Walde“ unter Trozki. Aber es wurde auch damals bekanntgemacht, was da verhandelt wurde: Pläne zum Umsturz des „gemäßigten“ Regimes Stalin. Glaubt irgend jemand, daß Trozki erst Monate später deportiert worden wäre, wenn sein Programm so, wie es Schubin gesagt hat, ausgesehen hätte? Diese Fabel ist ungewöhnlich ungeschickt.

Im übrigen ist Stidling vorgeworfen worden, er habe mit seinen Helfern in eine Kohlengrube Gistgase gebracht, so daß Arbeiter „wie Ratten“ gestorben wären. Er soll ferner die Stachanow-Bewegung, deren üble Folgen die Sowjetwirtschaft jetzt so peinlich merkt, gesemmt haben. Wer Sabotage wollte, unterstützte gerade die Stachanow-Bewegung am besten! Stidling wird außerdem vorgeworfen, daß er sich in eine bedeutende Stellung eingedrängt habe und daß er von einer „nicht genannten Macht“ dazu beauftragt gewesen sei.

Der Erid, mit dem die GPU einen deutschen Ingenieur in Charkow in einen „Spionagefall“ hineingezogen hat, wird von ihr nicht selten angewandt. Der Fall zeigt, daß die GPU auch in ihrer Tarnung als Teil des Innen-Kommissariats ihre Natur nicht verändert hat.

Gefährliche Komplationen.

Der Justizmord an Stidling hat in der gesamten reichs-deutschen Presse eine durchaus verständliche Erregung ausgedöst. Man weist den unsinnigen Verdacht zurück, als ob deutsche Staatsangehörige mit Trozkisten zusammengearbeitet hätten. Aber auch im nicht-deutschen Ausland haben die Todesurteile das größte Aufsehen hervorgerufen.

In England fürchtet man, daß der Prozeß ernste diplomatische Folgen haben könne. „Evening Standard“ stellt fest, daß der deutsche Ingenieur ein Opfer beabsichtigter Provokation unter den „besonderen Methoden einer sowjetrussischen Untersuchung und Gerichtsverhandlung“ geworden sei. Sowjetrussische Gerichtsverhandlungen, so schreibt das Blatt weiter, seien in nichts mit denen eines zivilisierten Staates zu vergleichen. Ihren Urteilen käme deshalb auch kein objektiver Wert zu.

Auch aus allen Meldungen der Pariser Presse klingt die Besorgnis heraus, daß sich das Deutsche Reich unter keinen Umständen mit diesem Justizmord abfinden werde, so daß eine ernste Verschärfung der Spannung zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu erwarten sei.

Daß es sich bei dem Urteil des Militärgerichts in Nowo-Sibirsk um eine Provokation handelt, unterliegt auch nach dem Eindruck der Warschauer Presse keinem Zweifel. Sie erwartet eine scharfe Reaktion Deutschlands auf das bolschewistische Bluturteil.

Auch ein Sowjetmarschall im Gefängnis.

Der Berichterstatter des Deutschen Nachrichten-Bureaus hatte Gelegenheit, sich von verschiedenen früheren österreichischen Schutzbündlern und ehemaligen Kommunisten, die

aus der Sowjetunion ausgewiesen wurden und jetzt über Warschau in ihre Heimat zurückzukehren, über den Umfang der Verhaftungen der GPU unter der sogenannten Opposition berichten zu lassen. Allein in das Moskauer Butyrki-Gefängnis, das besonders für politische Gefangene bestimmt ist, werden seit einiger Zeit täglich einige Dutzend „Trozkisten“ eingeliefert. Nach kurzem Aufenthalt werden die Gefangenen in der Regel für fünf Jahre in die Zwangsarbeitslager verschickt. Die Zahl der politischen Gefangenen, die in diesem Jahr allein durch dieses eine Moskauer Gefängnis gegangen sind, beläuft sich, wie sich aus Grund der Nummern der letzten Gefangenen leicht feststellen läßt, auf etwa 80 000.

Unter den in letzter Zeit in das Butyrki-Gefängnis eingelieferten „Trozkisten“ befindet sich auch einer der höchsten Armeeführer, Marschall Gamernik, der unlängst mit 64 Generalstabsoffizieren verhaftet wurde.

Die meisten politischen Gefangenen kommen in das sogenannte „Bam-Lager“, das an der „Saika-Amursk-Magistrale“ in Ostsibirien liegt und in dem sich nach den vorliegenden Berichten mindestens 800 000 bis 900 000 politische Gefangene und Verbrecher befinden. Ein zweites großes Zwangsarbeitslager befindet sich in der westlich des nördlichen Ural gelegenen Tsjaga mit der Zentrale Tschibju an der Pjetchura. In diesem Lager, in dem im vorigen Winter bis 54 Grad Kälte gemessen wurden, befinden sich etwa 50 000 Gefangene.

Aus allen Berichten geht hervor, daß man sich in den europäischen Ländern völlig unzureichende Vorstellungen über den Terror und das Ausmaß der täglichen Verhaftungen in der Sowjetunion macht. Es gibt heute, so wird immer wieder berichtet, in der ganzen Sowjetunion wahrscheinlich niemand, der nicht wenigstens einen Angehörigen in einem Zwangsarbeitslager oder in einem Gefängnis hat.

GPU-Jagd auf alle Deutschen

in der Sowjetunion?

Nach einer Meldung des Londoner „Daily Express“ aus Warschau hat Nikolai Tschow, der Chef der GPU, einen Zirkularbefehl an sämtliche GPU-Kommandos in der Sowjetunion gerichtet, in dem Einzelheiten über alle in den Bezirken lebenden Deutschen innerhalb drei Tagen angefordert werden. Das Blatt vermutet, daß dieser Befehl der Auftakt zu einer regelrechten Jagd auf Deutsche in der Sowjetunion sein wird, und daß es vermutlich zu einer Massenarrestierung von in der Sowjetunion lebenden Deutschen kommen wird.

Nach einer Mitteilung der Agentur des Außenkommissariats in Charkow sind am 21. d. M. drei weitere Reichsangehörige verhaftet worden, nämlich Monteur Friedrich Bössherz, der Ischoda-Werke Kaiserlautern, Reichshof Schindler aus Jena, beide in Mariupol, und Hermann Stammer, Elektromonteur, gebürtig und wohnhaft in Charkow.

Der ehemalige Kriegsgefangene Betriebsleiter Heinrich Schäfer aus Tschumysch (Kasakstan) wurde am 22. Oktober auf seiner Arbeitsstelle bei Grumle ohne Angabe eines Grundes verhaftet. Er befindet sich in Semipalatinsk und war am 11. November noch nicht verhört. Wie verlautet, wird er der „Konters-Revolution zugunsten Deutschlands“ beschuldigt.

Die Deutsche Botschaft in Moskau ist bemüht, die Fälle aufzuklären.

Dem Mörder meiner Brüder

gebe ich nicht die Hand!

Die rumänische Presse berichtet über einen Zwischenfall, der sich soeben bei einem Empfang im Außenministerium in Bukarest ereignete. Der sowjetrussische Gesandte Stromski trat an den deutschen Gesandten Fabritius heran und reichte ihm zum Gruß die Hand. Fabritius weigerte sich, dem Sowjetrussen die Hand zu geben; er sagte: „Dem Mörder meiner Brüder reiche ich nicht die Hand.“ Der Zwischenfall hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen.

Erpreßtes „Geständnis“.

Die ganze Welt hat nach dem Nowo-Sibirsker Mordurteil gegen den deutschen Ingenieur Stidling dem Bolschewismus ihre Meinung sehr deutlich zu verstehen gegeben, so daß auch in Moskau kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, in welchem Umfang die neue Verhaftungs-Propaganda Sowjetrusslands mißbilligt wird. Staatsmänner und Zeitungen, die sich monatelang bemüht haben, aus eigenen politischen Interessen Sowjetrußland zu schonen, haben plötzlich die Wahrheit bekennen müssen.

Nach sicheren Meldungen steht jetzt fest, daß der deutsche Bergingenieur Stidling, der in Nowo-Sibirsk mit acht anderen Angeklagten zusammen zum Tode verurteilt worden ist, mit den bekannten unmenschlichen Methoden der Sowjetrußland zu einem „Geständnis“ gezwungen worden ist. Man ist auch in diesem Fall wieder mit den grausamen Mitteln vorgegangen und hat den hilflosen Angeklagten so zermürbt, daß er alles auszusagen bereit war, was der Staatsanwalt von ihm verlangt hatte. Die grausamen Methoden der jüdisch-bolschewistischen GPU fanden auch hier wieder einmal Anwendung.

Diese Methoden sind längst bekannt, sie wiederholen sich bei allen ähnlichen Anlässen. Der Angeklagte wird viele Stunden lang verhört; wenn man ihn dann entläßt und er in seiner Zelle gerade eingeschlafen ist, wird er sofort wieder geweckt und vor seine Henker geschleppt, die das Todesurteil schon fertig auf dem Tisch vor sich liegen haben. Zu der Entziehung des Schlafes und zu den unausgeleiteten Verhören kommen andere Mittel der Zermürbung. Der Angeklagte darf sich nicht hinsetzen, sondern muß dauernd stehen. Er hat keinen Verteidiger, er ist überhaupt völlig hilflos. Schließlich klappt er zusammen und gesteht.

Mit diesen barbarischen Methoden ist man auch dem Ingenieur Stidling zuweilen gegangen. In Nowo-Sibirsk wurde sehr schnell verhandelt. Es war eben alles schon vorausbestimmt. Es ist abzuwarten, was Moskau auf den scharfen Protest des deutschen Botschafters in Moskau gegen das Bluturteil zu sagen haben wird. Die zivilisierte Welt wendet sich mit Abscheu von den sowjetrussischen Folterern und Henkern ab. Es erwartet, daß das Urteil revidiert und daß Stidling freigelassen wird, da ihm sachlich auch nicht das geringste nachgewiesen werden konnte.

Der rumänische Besuch.

Das endgültige Programm des Aufenthalts des rumänischen Außenministers Antonescu in Polen ist bereits endgültig festgelegt worden. Am Mittwoch nachmittag trifft Minister Antonescu mit seiner Gattin und in Begleitung des politischen Departements-Direktors im Außenministerium, sowie seiner Kabinettschefs und zahlreicher rumänischer Pressevertreter in Krakau ein, wo er von dem Vizepräsidenten im Außenministerium, Graf Szembek, einem Vertreter des Generalinspektorats der Wehrkraft sowie den örtlichen Behörden begrüßt werden wird. Spät abends reist der rumänische Gast nach Warschau ab, wo er am 26. d. M. eintrifft.

Vor seiner Abreise nach Polen gab Außenminister Antonescu dem Bukarester Vertreter der Polnischen Telegraphen-Agentur eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte, daß man jede Gelegenheit wahrnehmen müsse, um die Lebenskraft des polnisch-rumänischen Bündnisses zu befestigen. Gegenüber dem edlen und ritterlichen polnischen Volk werde er nicht allein der Dolmetscher der Regierung sondern auch des rumänischen Volkes sein, das mit der polnischen Nation Bande verknüpft, die sich aus der gemeinsamen Vergangenheit und aus der Erinnerung an die Kämpfe um Freiheit und Unabhängigkeit ergeben. Das polnisch-französische Bündnis bilde eine getreue Widerspiegelung des gegenseitigen Willens, dem Teil Europas den Frieden zu sichern, der sich auf die menschlichste Aufrechterhaltung der territorialen Unverletzlichkeit stützt. Die polnisch-rumänischen Beziehungen dürften sich aber nicht auf den engen Rahmen des die beiden Staaten verbindenden Traktats beschränken; es bestehe ein großes Arbeitsgebiet, das voll ausgenutzt werden müßte. Hierher gehören nicht allein die wirtschaftlichen Beziehungen, die besonders wichtig seien und noch mehr entwickelt werden könnten, sondern auch die kulturellen und intellektuellen Verhältnisse. Außenminister Antonescu gab zum Schluß seiner Übersetzung Ausdruck, daß seine Unterredungen mit dem polnischen Staatspräsidenten Moscicki, dem Marschall Polens Smigly-Rydz, und dem polnischen Außenminister Beck zur engeren Verknüpfung der die beiden Völker einenden Bande beitragen werden.

Bau eines Weichsel-Dnjestr-Kanals.

Unter den Themen, die während des Besuchs des rumänischen Außenministers in Warschau berührt werden, soll auch, Gerüchten zufolge, die der „Influrawany Kurjer Gdzieny“ aus Berlin verbreitet, die Frage einer Verbindung der Weichsel mit dem Dnjestr und der Herstellung eines direkten Zuganges zum Schwarzen Meer für Polen figurieren. Die Baukosten des Kanals, der die Weichsel mit dem Dnjestr verbinden soll, würden 250 Millionen Zloty betragen.

Warschauer Hochschulen geschlossen.

Die Studenten-Organisation „Brüderliche Hilfe“ (Bratnia Pomoc) der Warschauer Universität hielt am Montag in der Aula eine Versammlung ab, an der über 900 Studenten und Studentinnen teilnahmen. Nach vierstündiger stürmischer Aussprache, in der man sich mit den Vorgängen in Warschau beschäftigte, wurde beschlossen, mit ähnlichen Forderungen an den Senat der Universität in Warschau heranzutreten. Die Studenten fordern eine Herabsetzung der Studiengebühren und die Zuneigung besonderer Plätze für die jüdischen Studenten in den Hörsälen. Schließlich zogen sie sich in den großen Hörsaal der Universität zurück, den sie erst räumen wollten, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Kurz nach Mitternacht kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen dem Verband der radikalen nationalen Jugend und den übrigen Studenten. Die Mitglieder des Verbandes räumten den Hörsaal und begaben sich in ihre Wohnungen. Die Bewegung griff am Dienstag früh auf die übrigen Warschauer Hochschulen, vor allem die Technische Hochschule, über, so daß die Vorlesungen an allen Hochschulen in Warschau bis auf Widerruf eingestellt wurden.

Papen — Kultusminister?

Die Polnische Telegraphen-Agentur gibt ein durch den „Matin“ verbreitetes Gerücht wieder, nach dem dem mit dem Abbruch des deutsch-österreichischen Abkommens glücklich beendet worden sei, in nächster Zeit zum Reichskultusminister ernannt werden soll. Herr von Papen hätte die Aufgabe, eine Entspannung zwischen dem Staat und der Römisch-Katholischen Kirche sowie den Evangelischen Kirchen herbeizuführen. Wir geben diese Meldung selbstverständlich nur mit größtem Vorbehalt wieder. Der Führer pflegt vor Reinerennungen nicht den „Matin“ zu informieren. Übrigens und ist die Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat bisher nicht dem Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Rust, sondern dem Reichskirchenminister Kerrl übertragen worden.

Dr. Schacht beim Kaiser von Iran.

Wie aus Teheran gemeldet wird, fuhr am Sonntag Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Gesandter Emsend, Ministerialdirektor Wohlfart und Ministerialrat von Maß in Begleitung von Finanzminister Davor und Außenminister Sammi nach der Provinz Masanderan. Der Kaiser von Iran und der Thronfolger empfangen in Reich Dr. Schacht und seine Begleitung, wobei Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Grüße des Führers überbrachte und dem Kaiser ein Führerbildnis im überrn Rahmen mit eigenhändiger Unterschrift des Führers überreichte. Der Kaiser dankte herzlich und unterließ sich längere Zeit mit den deutschen Herren.

Schwerer japanisch-sowjetrussischer Grenzzwischenfall.

Tofio, 25. November. (Distandienst des DW) Wie aus Hingling gemeldet wird, hat sich an der Dngrenze von Mondschukuo, 34 Kilometer nördlich von Suifenko, ein schwerer Zusammenstoß zwischen japanischen Grenzwachern und sowjetrussischen Truppen ereignet. Nähere Einzelheiten über den Zwischenfall und die Höhe der Verluste liegen noch nicht vor.

Wahlstand der Weichsel vom 25. November 1936.

Krakau — 262 (- 258). Zawischki + 188 (+ 198). Warschau + 202 (+ 170). Bloch + 154 (+ -). Thorn + 165 (+ 161). Wodon + 157 (+ 157). Czum + 150 (+ 150). Graudenz + 167 (+ 169). Kurzebrat + 178 (+ 181). Bielel + 120 (+ 124). Dirschau + 128 (+ 132). Einlage + 240 (+ 244). Schiemenhorst + 254 (+ 258). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Unterverbandstag in Bromberg.

Am Montag fand in Bromberg ein Unterverbandstag der deutschen ländlichen Genossenschaften und am gleichen Tage ein Unterverbandstag der deutschen städtischen Kreditgenossenschaften statt. In der am Vormittag stattgefundenen Sitzung der ländlichen Genossenschaften wurde nach Eröffnung zunächst der Genossenschaftler gedacht, die der Tod im letzten Jahre aus den Reihen der deutschen Genossenschaften gerissen hat.

Verbandsdirektor Dr. Swart hielt im Anschluß daran einen Vortrag über das Leben und das Werk Dr. Leo Wegeners, der jahrzehntelang dem deutschen Genossenschaftswesen in Westpolen vorgestanden hat und auf dessen Wirken in erster Linie der Aufbau des deutschen Genossenschaftswesens in Polen zurückzuführen ist. Der Vortrag war in Anlehnung an das Leben Wegeners, dem ein tüchtiges Schicksal einen ewigen Kampf mit Krankheiten zugebracht hatte, ein Überblick über die schwere und dennoch erfolgreiche Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens. Es war mehr als interessant, Einblick aus berufener Munde in die ersten Anfänge des genossenschaftlichen Aufbaus zu erhalten, aus welchen man ersehen konnte, wieviel Jahrzehnte notwendig waren, um das deutsche Genossenschaftswesen zu seiner heutigen Einheit zu führen. Von besonderem Wert war die Erinnerung an die oft vergessene oder vielfach geleugnete Tatsache, daß das deutsche Genossenschaftswesen Westpolens auch seine segensreiche Arbeit zu den deutschen Volksgenossen der drei anderen Teilgebiete zu tragen hat und dort innerhalb eines Jahrzehntes ein Genossenschaftswesen hat aufbauen helfen, das heute zu einer festen Stütze geworden ist.

Im Anschluß an diesen interessanten und von großer Sachkenntnis zeugenden Vortrag, der mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, hielt der Leiter der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Bromberg einen Vortrag über landwirtschaftliche Preisgestaltung im letzten Jahre.

Die sich anschließende Wahl der Unterverbandsdirektoren ergab Wiederwahl der bisherigen Unterverbandsdirektoren, und zwar Landwirt Teske und Landwirt Franz Hammer-Eicenko. Eine sich anschließende kurze Diskussion über bestimmte Genossenschaftsfragen beschloß die anregende Sitzung.

Am Nachmittag versammelten sich die Vertreter der städtischen Kredit-Genossenschaften ebenfalls zu einer Unterverbandstagung, die unter dem Vorsitz des Unterverbandsdirektors Wohlfeil-Thorn stand. Verbandsdirektor Dr. Swart gab wie am Vormittag den gleichen interessanten und für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung so außerordentlich wertvollen geschichtlichen Rückblick über die Einigungsarbeit im deutschen Genossenschaftswesen in Polen. Auch über diesem Vortrag schwebte der Geist des verstorbenen ehemaligen Verbandsdirektors Leo Wegeners, der dem deutschen Genossenschaftswesen in Polen nicht nur ein geistig großer Führer war, sondern bis in seine letzten Tage ein unerlässlicher Berater blieb.

Im Anschluß an diesen Vortrag setzte eine für alle Vertreter der städtischen Kredit-Genossenschaften anregende Aussprache über Genossenschaftsfragen ein. Die lebhafteste Erörterung gab allen Anwesenden wertvolle Anregung. Die Wahl der Unterverbandsdirektoren ergab zunächst die Wiederwahl des bisherigen Unterverbandsdirektors Wohlfeil-Thorn. Anstelle des verstorbenen Unterverbandsdirektors Dr. Wohlfeil wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Volksbank-Bromberg, Kaufmann Döbhoff gewählt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 25. November.

Trocken und wolkenfrei.

Die deutschen Wetterstationen kündeten für unser Gebiet trockenstes meist wolkenfreies Wetter bei unveränderten Temperaturen und vielfachen Morgennebel an.

Brandstifterprozeß.

Vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich der 45jährige Kaufmann Josef Galajowski, wohnhaft in Jagdschütz, zu verantworten. Die Anklageschrift legt dem Angeklagten zur Last, daß er zwecks Erreichung der Versicherungssumme in seinem Kolonialwarengeschäft Feuer angelegt hatte.

In der Nacht zum 6. Oktober d. J. entstand in dem Kolonialwarengeschäft des G. ein größeres Schadenfeuer. Einwohner desselben Hauses bemerkten den Brand und alarmierten die Feuerwehr, der es gelang, nach kurzer Zeit das Feuer zu löschen. Im Laufe der von der Polizei eingeleiteten Untersuchung wurde festgestellt, daß das Feuer zugleich an drei Stellen ausgebrochen war. Auf den Treppentritten im Hausflur gegenüber der zu der Wohnung des G. führenden Tür fand man mit Benzin getränkte Holzspäne. Ebenso machte sich an den Brandstellen im Boden selbst Benzingeruch bemerkbar. Da der Verdacht, daß Feuer angelegt zu haben, auf den Ladenbesitzer fiel, wurde dieser verhaftet. Der Angeklagte bekennt sich vor Gericht nicht schuldig. In der kritischen Nacht sei er von dem Hauswirt aus dem Schlaf geweckt worden, der ihn darauf aufmerksam machte, daß in seinem Laden Feuer ausgebrochen sei. Als er sein Schlafzimmer verließ, habe er zu seinem Schrecken festgestellt, daß es auch im Korridor seiner Wohnung brannte, so daß er die Tür nach dem Hausflur nicht erreichen konnte. Erst durch das Fenster habe er dem Hauswirt die Schlüssel herausgereicht, damit er die Tür öffne. Die Ladeneinrichtung mit samt der Ware war mit 3500 Zloty versichert. Der Angeklagte betont, daß, wenn er selbst das Feuer angelegt hätte, er nur sich selbst und seine Familie geschädigt haben würde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß irgend jemand, der an dem Brand ein Interesse habe, in dem Hausflur Benzin ausgegossen und dann angezündet habe. Das Benzin sei dann vom Korridor unter der Türschwelle in den Flur seiner Wohnung gelangt und auf diese Weise habe sich auch dann das Feuer ausgebreitet. Im Laufe der Zeugenvernehmung ergibt es sich, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß das Benzin nach der von dem Angeklagten geschilderten Weise in den Flur seiner Wohnung gelangt sein konnte, da sich vor der Tür eine Schwelle befand.

Das Gericht erkannte deshalb nach durchgeführter Beweisaufnahme den Angeklagten nach Brandstiftung für schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren.

Jugendliche Diebe vor Gericht.

Vor dem hiesigen Bürgergericht hatten sich der 17jährige Franciszek Gendarka, der 20jährige Antoni Balbiesz, der 19jährige Jan Derogowski und der 17jährige Stanislaw Sadowski, alle hier wohnhaft, zu verantworten. Die ersten drei Angeklagten wurden im September d. J. von dem Kaufmann Moses Polanski, Bahnhofstraße 86, aus hilfsweise beim Abladen von Kurzwaren vom Wagen beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit ließen sie unbemerkt neun Ballen Leinwand im Werte von 200 Zloty verschwinden. Sadowski nahm die von seinen Komplizen gestohlene Ware in Verwahrung, die später wieder zurückgenommen werden konnte. Mit Ausnahme des S. bekennen sich die übrigen Angeklagten zur Schuld. S. wurde zum Aufenthalt in einer Besserungsanstalt verurteilt, B. erhielt 6 Monate Gefängnis mit Strafausschub, D. gleichfalls 6 Monate Gefängnis und S. zwei Monate Arrest.

§ Der Präsident der Handelskammer Gdingen stattete gestern der Stadt Bromberg einen Besuch ab und besichtigte bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Großbetrieben. So hielt er sich längere Zeit in der Fabrik für elektrotechnische Erzeugnisse Eisewski, in „Kabel Polski“ und in der Mischelfabrik Otto Pfeiffertorn auf. Im letzten Falle besichtigte er beide Fabriken. Der Aufenthalt des Präsidenten der Gdingener Handelskammer in Bromberg steht ansehnlich im Zusammenhang mit der immer noch weiter gehenden Auseinandersetzung über die Neulegung der Wojewodschaftsgrenzen zwischen Pommernellen und Posen und der eventuellen Verlegung des Wojewodschaftssitzes von Thorn nach Bromberg.

§ Während einer Schlägerei bestohlen wurde das in einem Lokal in der Friedrichstraße arbeitende Büfett-Fräulein Genoweska Lewandowska. Zwischen zwei sich in diesem Lokal befindenden angetrunkenen Männern kam es zunächst zu einem heftigen Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Das Büfett-Fräulein glaubte durch ihr Dazwischentreten Frieden stiften zu können. Dies Vorhaben gelang ihr auch. Als die Kaufbolde jedoch das Lokal verlassen hatten, mußte die Friedensstifterin zu ihrer Überraschung feststellen, daß die Schlägerei anscheinend nur künstlich inszeniert worden war, um ihr eine wertvolle goldene Armbanduhr zu stehlen.

§ Ein Motorrad für 100 Zloty! Leon Pawlik, ein in der Duzigerstraße wohnender Bromberger Bürger scheint einen netten Freund zu haben. Pawlik übergab nämlich vor kurzer Zeit seinem am Kornmarkt (Bzozowy Rynek) wohnenden Freunde ein Motorrad zur Aufbewahrung. Als Pawlik für sein Motorrad einen Käufer fand und sein Eigentum abholen wollte, mußte er feststellen, daß das Motorrad von seinem guten Freunde längst veräußert worden war. Es ist klar, daß bei einem solchen geheimen Verkauf der wirkliche Wert bei weitem nicht erreicht worden ist, denn das Motorrad war für nur 100 Zloty verkauft worden. Es läßt sich denken, daß die Freundschaft reiflos in die Brüche ging, denn Pawlik hat seinen Freund wegen Betruges bei der Polizei angezeigt.

§ Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatten sich vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts die in Jordan wohnhaften Brüder, der 19jährige Mojzy und der 17jährige Bronislaw Murgowski zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 21. September d. J. in Karlsdorf eine Arbeiterin gewaltsam von ihrem Fahrrad gerissen in der Absicht sich an dem Mädchen zu vergehen. Auf die lauten Hilferufe der Überfallenen näherte sich ein Landwirt, so daß die Missetäter es vorzogen die Flucht zu ergreifen. Das Gericht verurteilte die beiden zu je zwei Jahren Gefängnis.

§ Der heutige Wochenmarkt auf dem fr. Friedrichsplatz (Rynek Marja, Biludskiego) und in der Markthalle brachte sehr regen Verkehr. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für Wolkereibutter 1,50—1,80, Landbutter 1,85, Tilfiterkäse 1,20—1,80, Weiskäse 0,20—0,25, Eier 1,40—2,00, Weiskohl 0,05, Rotkohl 0,10, Wirsingkohl 0,10, Blumenkohl 0,10—0,40, Rosenkohl 0,30, Spinat 0,15, Zwiebeln 2 Pfund 0,15, Kohlrabi 0,10—0,15, Mohrrüben 0,10, Suppengemüse 0,05, Radisken 0,10, rote Rüben 0,15, Äpfel 0,30—0,40, Birnen 0,30—0,40, Gänse 5,00—7,00, Puten 3,00—5,00, Hühner 2,00—3,00, Enten 2,50—3,50, Tauben Paar 0,90—1,00, Speck 0,80, Schweinefleisch 0,65—0,70, Kalbfleisch 0,70—1,00, Hammelfleisch 0,60—0,70, Rindfleisch 0,60—0,80, Hechte 0,80—1,00, Schleie 0,80—1,00, Karauschen 0,50—0,80, Barbe 0,40, Plöke 3 Pfund 1,00, Karpfen 1,00, grüne Heringe 0,40 Zloty.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Kinder helfen Kindern! Spielzeug-Ausstellung im Deutschen Privatgymnasium, Bydgoska, Warmińskiego 13, Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. November; Besuchszeit 10 bis 18 Uhr. Eintritt frei. (Ausgestellt sind Schularbeiten des Deutschen Privatgymnasiums und der Drogenschule für das Winterhilfswerk.) (7958)

ss Argonau (Gniwkowo), 24. November. Im September d. J. war es während eines Tanzvergnügens im hiesigen Stadtpart zu einer Schlägerei gekommen, in deren Verlauf der 28jährige Jan Chwialkowski aus Argonau durch einen Dolchstoß in die Kehle getötet wurde. Als Täter hatte sich der Einwohner Bronislaw Mrozinski als Balcerzewo vor der verstärkten Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts in Znowroclaw zu verantworten, die ihn zu sechs Jahren Gefängnis verurteilte. Ferner waren die Einwohner Tadeusz Kusala aus Argonau und Stanislaw Nawrocki aus Michalowo, die damals der Polizei Widerstand leisteten, mitangeklagt. Ersterer erhielt zwei Monate Arrest und sein Komplize acht Monate Gefängnis.

□ Crone (Koronowo), 24. November. Kürzlich wurde bei dem Landwirt und Gastwirt Domanski in Schirozken (Sieroc) eingebrochen. Die Diebe versuchten 30 Hühner, 10 Enten, Zigaretten und sonstige Kolonialwaren zu stehlen. Das Diebesgut war bereits in Säcke gepackt, aber im letzten Augenblick mußten die Diebe gestört worden sein. In derselben Nacht wurden wahrscheinlich von denselben Dieben Einbruchversuche bei dem Landwirt Gert u. a. gemacht, auch hier wurden sie verfehlt.

In der Nacht zum 23. d. M. brachen Diebe bei dem Landwirt Friedrich Decker in Marthashaufen (Morzwiec) ein und stahlen acht Enten, eine Federhühner vom Rutschwagen, eine Zweispännerleine, außerdem hatten die Diebe ein drei Zentner schweres Schwein bereits abgeschlachtet, wurden aber im letzten Moment daran verhindert, das Fleisch mitzunehmen.

ss Gnesen (Gniezno), 24. November. Aus Verzweiflung über den tragischen Tod ihres Mannes, der als Eisenbahnschaffner überfahren wurde, ging die geistesgestörte Sawada in der Nacht zum Sonntag auf den neuen Friedhof in der Witkowskistraße, wo sie mit einem Spaten das Grab ihres Mannes ausgrub und den Sarg zum Teil öffnete.

ss Znowroclaw, 24. November. Der Kreis-Pferdezüchterverein gibt bekannt, daß am Freitag, dem 27. d. M., um 8 Uhr morgens auf dem hiesigen Viehmarktplatz für den Export vier bis achtjährige Wallache verschiedener Farbe angekauft werden.

z Znowroclaw, 24. November. In den letzten Tagen sind von bisher nicht ermittelten Personen wieder einmal falsche 10-Zlotystücke in Umlauf gesetzt worden. Die Fälschungen sind sehr geschickt hergestellt und von den echten Geldstücken nur schwer zu unterscheiden, so daß bereits einige Geschäftsleute geschädigt wurden. Die falschen Münzen wurden beschlagnahmt.

Als der 17jährige Besitzer John Mieczyslaw Banaszak sich abends auf dem Landwege von hier nach Ryskowo befand, stürzten sich plötzlich zwei junge Leute auf ihn, warfen ihn zur Erde, raubten ihm 5,80 Zloty, verletzten ihn mehrere Schläge und verschwanden dann im Waldesdickicht.

Als gestern ein Milchwagen von einem Dominium in der ul. Sm. Duchy stand, stahl ein junger Bursche von dem Wagen zwei Kannen mit Milch. Während nun der Kutscher sich an die Verfolgung des Diebes machte, entwendete ein zweiter Dieb vom Wagen einen Korb mit Brot und Semmeln. Beide Täter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

In der Tuchwarenhandlung Skoblewski hier, Koscielna 11, entstand ein Brand, der von der Feuerwehr gelöscht wurde. Der Schaden beträgt rund 5000 Zloty. Ein zweiter Brand brach im Manufakturwarengeschäft der Firma Maluszak am Markt aus, der von der Feuerwehr im Keime erstickt werden konnte.

+ Kolmar (Chodzicz), 24. November. Das Finanzamt macht folgendes bekannt: Um den Landwirten die Zahlung der Grundsteuer für das zweite Halbjahr 1936 und der außergewöhnlichen Vermögensabgabe zu erleichtern, werden Beamte des Finanzamtes zur Entgegennahme dieser Steuern ohne Berechnung von Zuschlägen an folgenden Orten umweseln sein: am 27. November von 8,30—5 Uhr nachmittags in den Gemeindecämtern von Erpel, Busin, Schmilau und Dziembowo, am 28. November von 8,30—5 Uhr nachmittags in Margonitowie, Somochin und Usch. Bei der Bezahlung ist die Zahlungsaufforderung vorzulegen. In den oben angegebenen Terminen können an die delegierten Beamten auch alle anderen Steuern und Schulden an fremde Gläubiger, soweit dieselben zwangsweise durch die Finanzämter eingezogen werden, bezahlt werden. Von Rückständen müssen normale Zinsen und Mahnkosten bezahlt werden, während die Exekutionskosten getrichen werden, wenn der ganze fällige Betrag bezahlt wird.

Bei Verdauungsstörungen, Magenverkrümmungen, Sodbrennen, Übelkeit, Kopfschmerzen, Nervenschmerzen schaff früh nüchtern 1 Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser schnell offenen Leib, gute Verdauung und geregelten Blutkreislauf. (5850)

ss Mogilno, 24. November. Von der Außenabteilung des Gnesener Bezirksgerichts wurde die Einwohnerin Konstanca Barciszka zu 18 Monaten und Stefanus Jutrowski aus Krzeskotowo zu sechs Monaten Gefängnis wegen unerlaubten Eingriffs gegen das heimliche Leben verurteilt. Die zweite Verurteilte erhielt Bewährungsfrist.

ss Mroszken (Mroza), 25. November. Beim Baumfällen im Mroszken Staatsforst wurde der Waldarbeiter Mynarczyk erschlagen. M. konnte sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen und wurde von den starken Ästen einer fallenden Kiefer erfasst, welche ihm den Schädel zertrümmerte. Der Tod trat auf der Stelle ein. M. hinterläßt eine Frau und sieben unversorgte Kinder.

Ein nettes Fröchtchen verspricht der 18jährige Rewolynski zu werden. Mit nahezu unerhörter Frechheit gibt sich der 18jährige, der anscheinend ohne jede Aussicht auf Zukunft zu Diebstehlsverbrechen durch die Stadt. Mit Vorliebe pflegt er dabei Fleischergärten aufzusuchen, stiehlt Fleisch- und Wurstwaren und ergreift dann die Flucht. In einem Falle drohte er einer Fleischergärtin sogar mit dem Messer. Um Brennholz für das Haus zu verschaffen pflegt er von den Zäunen Holzlaten abzureißen. Es wäre wohl angebracht, daß sich die Behörde dieses vielversprechenden Fröchtchens annimmt.

* Rakel (Raklo), 24. November. Am Sonnabend fand nach längerer Zeit im Vereinslokal Heller eine Versammlung des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe statt, zu der die Mitglieder fast vollständig erschienen waren. Den Ausführungen der Geschäftsführer Mey-Bromberg und Neumann-Wirsh über Steuerfragen und jeden Berufstätigen angehende Angelegenheiten folgten die Anwesenden mit Interesse. Allgemein begrüßt wurde der Beschluß, außer den beiden zweiten Dienstag abgehaltenen Sprechstunden alle 6 Wochen eine Mitgliederversammlung zu veranstalten. Es wurde bekanntgegeben, daß nicht nur selbständige Berufstätige, sondern auch deren Angestellte und Familienmitglieder dem Verbands angehören können und daß die Ehefrauen beitragsfrei sind. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die immer noch abseits stehenden deutschen Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibenden und Hausbesitzer der so wichtigen Berufsorganisation beitreten werden, zumal dem Verband jetzt nach den neuen Statuten eine weitgehende berufliche Betätigung ermöglicht ist.

+ Wirsh (Wirzys), 24. November. Zur Besprechung der Unterstützungsaktion für die Arbeitslosen der Stadt fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jagodzinski am Montag eine Versammlung des Unterkomitees statt, dem auch ein Vertreter der deutschen Minderheit angehört. Die Sammelaktion geht auch in diesem Jahr wieder von der Kreisstarosteie aus, wofür alle Eingänge gehen und dann verteilt werden. Für die Selbstbeschäftigung zur Arbeitslosenunterstützung auf den dazu bestimmten Formularen sind in diesem Jahr Normen festgesetzt worden. Zur Durchführung der Aktion in unserer Stadt wurden zwei Kommissionen gewählt, denen je ein Vertreter der deutschen Minderheit angehört. Die Arbeitslosen sollen die Unterstützungen grundsätzlich abarbeiten, wobei kinderreichen Familien ein Teil der Naturalien geschenkt wird. Die Registrierung der Arbeitslosen soll am 1. Dezember erfolgen. In die Revisionskommission wurde als deutscher Vertreter Brauer-Reisitzer E. Kunz gewählt, der diesen Posten bereits im vorigen Jahr bekleidete.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Gofke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prapodak; Druck und Verlaß von A. Dittmann, E. A. O., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Pommerellen.

25. November.

Graudenz (Grudziadz)

Änderung des Brotpreises. Von der Stadtverwaltung wird bekanntgegeben, daß nach Anhörung der Kommission für die Festsetzung der Preise seit dem 24. d. M. der Preis für ein Kilogramm Roggenbrot auf 32 Groschen festgelegt worden ist. Das bedeutet gegen den bisherigen Brotpreis eine Erhöhung von 2 Groschen für das Kilogramm.

Ansteckende Krankheiten in Graudenz. In der Woche vom 15. bis zum 21. d. M. wurden nach der fortlaufenden Statistik 16 Fälle von ansteckenden Krankheiten in unserer Stadt festgestellt. Es waren dies sechs Mal Tuberkulose, vier Mal Scharlach, zweimal Diphtherie, zweimal Keuchhusten, einmal Gesichtstriefe und einmal Masern.

Nach Frankreich gereist ist Sonntagabend der Präses des polnischen Verbandes der kaufmännischen Vertreter Pommerellens, Sejmabgeordneter Tadeusz Marchlewski. Er wird dort in Lille, Straßburg, Metz, Lyon und Paris, der Hauptbasis der dortigen polnischen wirtschaftlichen Mittelpunkte, Vorträge halten. Diese sollen dem Zwecke dienen, festzustellen, wie weit das dortige wirtschaftliche Element für die polnische Exportpropaganda in Betracht kommen kann.

Beendigung Chausseeabschnitt. Vor einigen Tagen wurde der Bau der Chaussee auf der Strecke Piwni (Pawnee) - Gr. Brudzaw (Brudzaw) fertiggestellt. Der neue Chausseeabschnitt verbindet die vom Gebiet des Kreisess Strasburg nach dem Kreise Briesen führenden Chausseen und verkürzt erheblich den Weg aus einem Teil des erstgenannten Kreises (in der Gegend von Jablonowo) nach Briesen. Der jetzt fertige Abschnitt hat eine Länge von 15 Kilometern Chaussee mit einer Pflasterbreite von 10 Metern.

Die Polizei und die polnische Arbeitslosen-Winterhilfe. Die Offiziere und unteren Funktionäre der Staatspolizei der Stadt und des Kreises Graudenz haben sich zu Gunsten des polnischen Winterhilfsvereins mit 1 1/2 bzw. 1 Prozent des Einkommens für die Dauer von fünf Wintermonaten besteuert. Dadurch kommen monatlich 375 Zloty ein. Im Einverständnis mit dem Allgemeinen und dem örtlichen Hilfskomitee wird die Polizei für diese Summe 60-70 Kinder der bedürftigen Arbeitslosen speisen, sowie dies bereits seit fünf Jahren während des Winters geschehen ist.

Ein Strafprozess wegen vorläufiger Brandstiftung wurde vor der Graudenzger Strafammer auf ihrer letzten Verhandlung in Strasburg (Brodnica) erledigt. Die Angeklagte richtete sich gegen den Landwirt Jan Szwacki aus Kaciki, Kreis Strasburg. Er war beschuldigt, aus materiellen Gründen, nämlich zwecks Erlangung der Versicherungssumme, in der Nacht vom 22. zum 23. Juli d. J. sein Wohnhaus angezündet zu haben. Der Brand verursachte einen Schaden von 3300 Zloty. Mit S. zugleich waren als angeklagte Mithilfliche Kazimierz und Antoni Rzeminski angeklagt. Auf Grund der Zeugenaussagen und des sonstigen Ganges der Verhandlung wurde die Schuld des Angeklagten S. zweifellos erwiesen, so daß er zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren sowie Ehrverlust auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt wurde. Die Mitangeklagten Kazimierz und Antoni Rzeminski wurden freigesprochen.

Das Opfer einer Rache wurde am Montagabend gegen 7 Uhr der Schlosser Anastazy Kasprowski, wohnhaft Schloßbergstraße (Zamkowa) 9. Mit ihm begann der ebenfalls dort wohnhafte Edward Domanski einen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Dabei stach Domanski den Kasprowski mit einem Schraubenzieher in die Herzgegend. Der Verletzte wurde in das städtische Krankenhaus gebracht. Sein Befinden gibt zu schlimmsten Besorgnissen Anlaß. Der Täter wurde festgenommen.

Festgenommen wurden zwei Diebe und ein Betrunkener. Strafmeldungen wurden erstattet gegen sechs Personen wegen Beschäftigung von Angestellten am Sonntag, ferner gegen zwei Knaben, die in einem Photographenschaukasten die Scheiben eingeschlagen und Silber daraus entnommen haben sollen, sowie gegen einen bei Dunkelheit ohne Licht fahrenden Radfahrer.

Thorn (Torun)

Der Wasserstand der Weichsel ging im Verlauf des letzten Tages um 3 Zentimeter zurück und betrug Dienstag früh 1,61 Meter über Normal. Die Wassertemperatur ist auf 1 1/2 Grad Celsius gesunken. Der Schlepper „Konarski“ fuhr mit zwei Rähnen mit Sammelgütern und einem Anlegeprahm nach Warschau ab, der Schlepper „Bawaria“ mit drei Rähnen mit Getreide nach Danzig. Zwischen Warschau und Danzig bzw. Danzig verkehrten die Personen- und Güterdampfer „Stanislaw“ bzw. „Kredno“ sowie Schlepper „Minister Lubbecki“ mit einem mit Getreide beladenen Rahn. In entgegengesetzter Richtung „Ragiello“ bzw. „Saturn“ und „Sowinski“.

Der bittere Nachgeschmack. In der Notiz unter obiger Epithete in Nr. 267 der „Deutschen Rundschau“ vom 17. d. M. teilten wir mit, daß der Garantiewechsel der Gartenbau-Ausstellung 1929 mit 7000 Zloty einzulösen gewesen wäre. Jetzt erfährt unser re-Berichterstatter aber von Gärtnereibesitzer Gottlieb Gentschel selbst, daß nicht 7000 Zloty, wohl aber 10 200 Zloty zu zahlen gewesen sind! Das ist wahrhaft eine bittere Pille.

Fernist-Anzeige bei der Polizei erstattete Frau Helena Grabowska, Bäckerstraße (ul. Piekary) 9, gegen ihren Schwarm, den 47 Jahre alten Kapitän des dem Lloyd Pabgoski gehörenden Schlepndampfers „Kollataj“. Der Benannte hat sich am 22. d. M. um Mitternacht von Hause fortgegeben und ist bisher nicht zurückgekehrt. Die Polizei hat die Suche nach dem Verharmendeten aufgenommen.

In Polizeiarrest genommen wurden am Montag drei diebstahlverdächtige Personen. Aus dem Stadt- und Landkreis wurden vier kleine Diebstähle angemeldet, von denen einer noch seiner Aufklärung harret, außerdem eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Wegeordnung. - Mikolaj Romaniewicz, Friedrichstraße (ul. Warzawka) 8, zeigte den Verlust seines vom Bezirkskommando Bilsna ausgestellten Militärbüchleins, nebst Staatsangehörigkeitsbescheinigung und Geburtsurkunde an.

Die städtische Wasserwerks- und Kanalisations-Verwaltung verlegt ihre Büroräume ab Donnerstag, 26. November, aus dem Rathaus in das städtische Grundstück Culmerstraße (ul. Chelminska) 16, 1. Stockwerk.

Das Kino „Smit“, Gerechtigkeitsstraße (ul. Prosta) 5, feht seine Reihe erstklassiger Filmwerke mit dem neuen deutschsprachigen Großfilm „Schloß in Flandern“ fort, der noch bis Sonntag einschließlich läuft. Dieser Film, in dem Marta Eggert in der Rolle der Sängerin Gloria Delamare sich selbst übertrifft, und Paul Hartmann und Georg Alexander die männlichen Hauptrollen innehaben, birgt derartige Spannungsmomente, daß das Publikum von Anfang an gefesselt ist. Diesen Film sollte sich kein Kinofreund entgehen lassen!

Für Sittlichkeitsverbrechen 3 Jahre Gefängnis. Die Strafkammer des Bezirksgerichts in Thorn verhandelte am Sonnabend gegen einen 19jährigen Waldbarbeiter, dem die Anklage vorwirft, sich an einem 14jährigen Mädchen vergangen zu haben. Weil der Angeklagte außerdem auf sein Opfer eine venerische Krankheit übertragen hatte, erkannte das Gericht auf eine sehr strenge Strafe: 3 Jahre Gefängnis. Die Verhandlung fand unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Der Dienstag-Wochenmarkt wies trotz des schmutzigen und feuchtkalten Wetters ausgezeichnete Beschickung auf. Man notierte folgende Preise: Eier 1,40-1,80, Butter 1,20-1,60, Glunse Stüd 0,10-0,40, Kochkäse 0,50-0,70, Sahne Liter 1,20, Honig 1,40-1,60, Pflaumenkreude 0,60-0,80, Hühner 1-2,00, Enten 1,50-2,50, Gänse 2,50-5,00, Puten 3,00-4,00, Tauben Paar 0,70-0,90, Rühbhühner 0,90-1,00, Fasanen 3,00, Hasen 1,50-2,50, Äpfel 0,10-0,50, Birnen 0,20-0,60, Kartoffeln 0,03-0,04, Rosenkohl 0,20-0,40, Grünkohl 0,10-0,15, Weißkohl Kopf 0,10-0,30, Rotkohl Kopf 0,10-0,20, Wirsingkohl Kopf 0,05-0,15, Blumenkohl Kopf 0,10-0,80, Kohlrabi 0,15-0,20, Karotten 0,30, Mohrrüben Kilo 0,15, Rote Rüben, Zwiebeln und Kürbis desgl., Bruten Stüd 0,05-0,10, Spinat 0,20, Pastinal 0,15-0,20, Sellerie 0,20, Schwarzwurzeln 0,40. Auf dem Blumenmarkt gab es immer noch sehr viel blühende Blumen geschnitten und in Töpfen, z. B. Chrysanthemem, Alpenveilchen, Primeln u. a. Ferner waren Waldgrün, Tannen- und Weidenfäächchen pro Bund mit 0,10-0,20 zu haben. Der Fischmarkt auf der Neustadt brachte Zander zu 1,40-2,00, Karpfen zu 0,90, Hechte zu 0,80-1,00, Schleie zu 1,20, Breiten zu 0,30-0,60.

Ronik (Choinice)

Im Magistrat, Zimmer Nr. 4, ist der Plan über die Anlage der Wasserleitung für die Birkenallee, Gockowski-, Schloßauer- und Schönfelderstraße ausgelegt. Die Höhe der auf die einzelnen Anwohner entfallenden Kostenvorschlüsse ist ebenfalls angegeben und ist in zwei Raten zu zahlen.

Kürzlich wurde von der Auflösung eines Spielklubs durch die Polizei in einem hiesigen Lokal berichtet. Es gelang jetzt zwei „Fisikalen“ auszuheben, und zwar befand sich die eine in einem Stalle am Bahnhof und die andere in einer Privatwohnung. Es wurden insgesamt 36 Spieler festgesetzt, die sich vor Gericht werden verantworten müssen.

Vor dem hiesigen Landgericht wurde eine gewisse Stefania Kot aus Alt-Summin, die vielfach vorbestraft ist, wegen Meineid zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Hälfte der Strafe wird durch die Amnestie erlassen.

Da vielfach festgestellt worden ist, daß Krankenkassenmitglieder nicht wissen, welcher Arzt für sie zuständig ist, wird hiermit bekanntgegeben, daß Dr. Machowiński für die Namen A bis einschließlich K zuständig ist, und Dr. Belkowski für die Namen L bis Z.

Großfeuer im Seekreis.

In der Scheune des Landwirts Watajszkowski in Milaszewo bei Neustadt brach aus noch ungeklärter Ursache Feuer aus. Als der Brand entdeckt wurde, stand die Scheune bereits in hellen Flammen. Infolge der ungünstigen Windrichtung, sprang das Feuer auf die Wohnhäuser der Besitzer Jan Marciński und Leo Bianga über. Bevor die Feuerwehren der umliegenden Dörfer eintreffen, war die ganze Besitzung des Marciński, bestehend aus Wohnhaus, Stall und Scheune mit Ernte und Inventar, ein großes Feuermeer, so daß keinerlei Rettung mehr möglich war. Auch das Wohnhaus des Bianga brannte vollständig nieder. Keiner von dem Brandunglück Betroffenen war gegen Feuerschaden versichert.

Origineller Transport auf einem polnischen Schiff.

Auf dem Deck des am 22. d. M. von Gdingen nach Südamerika abgehenden Schiffes „Weichsel“ befand sich ein interessanter Transport von 5 Kisten polnischer Flugzeugteile, die von der brasilianischen Regierung bei der polnischen Industrie angekauft worden waren zum Zwecke der Errichtung eines brasilianischen Sportflugwesens. Bei den Flugzeugteilen handelt es sich um drei vollständig ausgerüstete RWD-8-Maschinen und zwei RWD-13-Maschinen. Angestellte der Warschauer Flugzeugwerkstätten begleiten den Transport nach dem Bestimmungsort.

Die südamerikanischen Staaten sollen sich in letzter Zeit, wie zu hören ist, für die polnische Flugzeugindustrie besonders interessieren.

Br Aus dem Seekreise, 24. November. Wenn man nicht die Zeitung liest, rächt sich dieses empfindlich. Im Mai d. J. wurde u. a. auch in unserem Blatt darauf hingewiesen, daß die Waffenscheine, deren Gültigkeit mit diesem Monat abläuft, auf weitere drei Jahre verlängert werden müssen. Der Starost des Seekreises hat jetzt die Feststellung gemacht, daß etwa 500 Waffenscheine es veräumt hatten, ihren Waffenschein verlängern zu lassen. Jetzt sind allen diesen die Waffenscheine konfisziert worden. Außerdem erhalten die Besitzer eine empfindliche Strafe.

Eine unangenehme Überraschung mußte der Ziegelbesitzer Kosowski in Baromin erfahren, als er am frühen Morgen verkaufte Ziegelsteine abfahren lassen wollte. Es waren ihm in der Nacht durch Einbruch alle zehn komplette Pferdegeschirre gestohlen worden.

h Gorzno (Gorzno), 24. November. Einen Unglücksfall erlitt der Arbeiter M. Sulkowski in Zaborowo bei Gorzno. Als er im Walde arbeitete, schlug er sich unglücklicherweise mit der Axt in den Fuß. Die Verletzung war derart schwer, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. S. wurde ins Krankenhaus nach Strasburg (Brodnica) geschafft.

Nachts wurde beim Landwirt Siewerowicz in Swierczyno ein Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe stahlen ihm aus der Wohnung Betten und Kissen und aus dem Stall sechs Gänse. Die polizeilichen Ermittlungen waren von Erfolg gekrönt. Des Diebstahls konnten ein Vagabund und ein berufsmäßiger Langfinger in Bartniczka überführt werden. Die Epibuben wurden verhaftet, da sie noch mehreres auf dem Kerbholz haben. Der Geschädigte erhielt sein Eigentum zurück.

Br Gdingen (Gdynia), 24. November. Bahnarbeiter fanden am Morgen in einem leeren Kohlenwagen, der auf dem Nebengleise zwischen Holzhausen und Kieflauer Bahnübergang stand, die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes, die nur die Leibwäsche anhatte. Da keine Dokumente vorgefunden wurden, konnte die Leiche nicht identifiziert werden. Da Spuren eines gewaltsamen Todes nicht vorgefunden wurden, war es z. Zt. noch nicht möglich, die Todesursache festzustellen. Die Leiche wurde ins Leichenhauhaus geschafft.

Güntergost (Witrogoszcz), 24. November. Unsere Gemeinde beging vor kurzem den Ehrentag ihrer zwei ältesten Bürger und zwar am 22. d. M. den 90. Geburtstag des Altmeisters Michael Schmalz und am 24. ebenfalls den 90. Geburtstag der Altenteilerin Ernestine Schmidt. Beiden Jubilaren wurden zahlreiche Glückwünsche aus diesem Anlaß zuteil.

Auf einer der letzten Sitzungen der Jagdgenossenschaft wurde beschlossen, für die Restsumme der Jagdpacht Steine zur Pflasterung der Dorfstraße anzukaufen. Damit dürfte der erste Schritt zur Verwirklichung dieses lange gehegten Wunsches getan werden. Da der Kreis sämtliche Arbeiten bei Lieferung von Material auszuführen bereit ist, soll mit Eintritt des Frostes mit der Anfuhr von Steinen begonnen werden.

a Schweg (Swiecie), 24. November. In Matocichowo hiesigen Kreises waren Diebe in den Stall des Lehrers Wröblewski eingebrochen und stahlen dort sowie aus dem Stall des Nachbarn Reiding 21 Hühner, 9 Gänse und 15 Enten. Desgleichen bei dem Landwirt Pivowski, wo sie elf Gänse „mit sich gehen“ ließen. Durch das Gebell des Hundes des Nachbarn wurden die Diebe verschreckt.

Vor einigen Tagen feierten in Nowe die Eheleute Kubachow das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit.

In Klein Kommorsk wurden dem Arbeiter Kowalczyk 14 Hühner gestohlen. In Twarda Góra haben Diebe dem Landwirt Bialowski aus dem Stall ein Schwein gestohlen.

Freie Stadt Danzig.

Vom Lastkraftwagen überfahren.

Am Montag ereignete sich in Zoppot vor dem Hause Adolf Hiltlerstraße 794 ein bedauerlicher Verkehrsunfall, der ein junges Menschenleben forderte. Der neunjährige Schüler Karl Heinz Delschläger aus Zoppot wurde beim Überqueren des Fahrdammes von einem Lastkraftwagen, den er nicht beachtet hatte, erfasst, zu Boden gerissen und überfahren. Infolge der sehr schweren Verletzungen trat der Tod auf der Stelle ein. Die Polizei ist zurzeit noch damit beschäftigt, die Schuldfrage an diesem bedauerlichen Unglück zu klären.

Schweres Unglück auf einer slowakischen Bahnstrecke.

Am Montag vormittag stieß ein Arbeitstriebezug mit einem Arbeiterzug auf der Strecke Sala-Galanta zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Eisenbahnarbeiter auf der Stelle getötet, zwei weitere starben bei der Überführung ins Krankenhaus. Weiter wurden zwei Personen schwer und acht andere leicht verletzt. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus von Neuhäusel eingeliefert.

Thorn.

Drogen-, Parfümerie- und Hausbedarfsartikel

empfeilt billiges HURTOWNIA Jan Kapczyński Szeroka 35 698 Telef. 1371.

Graudenz.

Handarbeitsausstellung „Frauenkleid“ am 6., 7. u. 8. Dezember d. J. im „Lionel“. Eröffnung am 6. 12., nachmitt. 4 Uhr, mit Teeabend u. Konzert. Am 7. 12., nachmitt. 3 Uhr, Kaiserleitheater. Bezeichnung tägl. 10-20 Uhr. Annahme der Handarbeit u. and. Gegenst. find. v. Donnerst. d. 3. tägl. v. 9-11 u. 3-6 Uhr. u. am Sonnabend bis 1 Uhr mittags statt. 7929

Zur Treibjagd empfehl. sämtl. Waffen, erkl. Jagdwatzen. Fachmäßige Reparatur Ausstopfen von Vögeln. L. Dhoriti, 7533 Buchenmacher, ul. 3. Maja 36. Tel. 1427.

Gebomme erteilt Rat nimmt Bestellungen entgegen. Sauberste u. sorgf. Behandlung. Friedrich, Torun, sw. Jakoba 15. Tel. 2201.

Buppen u. Spielwaren repariert sachgemäß Zelaraska 13, 1 Tr. 7991

Töpferarbeiten führt aus W. Antenrieb. sw. Ducha 11. 7704

Foto-Alben in großer Auswahl Foto-Eden sehr billig.

Zufus Wallis Schreibwarenhaus Szwetota 34. Tel. 1469

Kleines Grundstück zu verk. Herm. Müller, Rudal 83, v. Torun 2, 2824

Tragende Milchuh Rudolf Schulz, Zlotoria, v. Torun.

Jüng. ev. Mädchen für Alles 1 Rub. melken, sucht vom 1. od. 15. 12. Frau Diemann, Soja Chelminska Nr. 176. 7929

Arbeitsauskunft Deutsch. Frauenvereine Grudziadz.

Kürzlich konnte die Gemeinde Briesen einen besonderen Höhepunkt ihres Gemeindelebens in der Hundertjahrfeier ihrer Kirche begehen. Unter großen Opfern — der damalige König Friedrich Wilhelm III. hatte freilich mehr als die Hälfte der Kosten getragen — war in den Jahren 1835/36 die Kirche in einfachem schmucklosen Stil als Rechteck von der kleinen Zahl der Evangelischen, die seit 1772 in und um Briesen sich angesiedelt hatten, gebaut worden. Im Laufe der Zeit bekam sie durch immer erneute Opferbereitschaft und glaubensbrüderliche Hilfe den Ausbau in der heutigen Form sowie die Innenausstattung. Durch die Spenden der Gemeindeglieder wurde zur Hundertjahrfeier die Renovierung der Kirche ermöglicht und ihr durch besondere Gaben noch 2 neue Altarteppiche und Taufstühle, ein Taufisch und Altarbehängung zugeeignet. So suchte das gegenwärtige Geschlecht der Väter wert zu sein.

Die kirchliche Vereinsjugend hatte für den Schmuck der Kirche und der gottesdienstlichen Feiern durch mancherlei Dienst besonders gerüstet; als Vertreter der Staats- und Stadtbehörde nahmen der Kreisstarost und der Bürgermeister am Festgottesdienst teil. Den Gruß der Gesamtkirche überbrachte in der Festpredigt im Anschluß an das Psalmwort Ps. 27, 4 in Vertretung des leider erkrankten Oberhirten Konsistorialrat Hein und lenkte den Blick der Festgemeinde über die Freude an der durch soviel Liebe verschönten Kirche weiter auf die Gemeinschaft im Geist mit dem ewigen Herrn. — Der Treue der Väter wurde in einer schlichten Friedhofsfest an der Grabstätte des ersten Pfarrers, ersten Kirchenvertreters und ersten Kantors gedacht, nachdem vorher noch ein hochbetagtes, kurz vor dem Jubiläum aber durch einen Unfall schwer erkranktes Gemeindeglied durch einen Besuch begrüßt worden war.

Nach der Tischgemeinschaft, die einen Kreis von Gemeindegliedern umschloß und Gelegenheit zu manchem Wort des Dankes und der Aufmunterung bot, brachte die Nachmittagsfeierstunde das glaubensbrüderliche Gedenken der Nachbargemeinden, das Pfarrer Engel für seine Gemeinde in der freundlichen Form zweier Vieder gab, ferner die Grüße früherer Pfarrer und Gemeindeglieder und, umrahmt von der Sprechchorfeier der kirchlichen Jugend über die Jahreslösung, den Festbericht des Ortspfarrers mit dem stillen Rückblick auf die besonders überragenden Ereignisse aus 100 Jahren kirchlichen Lebens und das Schlusswort von Konsistorialrat Hein, der die Gemeinde an die so oft erfahrene Hilfe des Gustav Adolf-Vereins erinnerte und zur Dienstbereitschaft in der Gesamtkirche rief.

Deutsche Vereinigung.

Frauentreffen in Gnesen.

„An der Mutter liegt es, wie unsere Jugend wird.“

Am 15. November trafen sich die Frauen der Deutschen Vereinigung der näheren Stadt- und Landbezirke im Deutschen Heim in Gnesen. Der große Saal bot ein festliches Bild und immer noch mußte an die hübsch gedeckten Tische angestellt werden, so zahlreich war die Teilnahme unserer Mitglieder und Gäste.

Frau Wendorff-Zechau eröffnete den Frauentag und erteilte nach kurzer Ansprache und gemeinsamem Lied unserem Vg. Dr. Lück das Wort.

Dr. Lück wandte sich an die deutschen Frauen mit der Forderung, an der Seite des Mannes die Pflichten des Volkstums zu erfüllen. Die Frau als Trägerin der Familie, ist auch Trägerin unseres Deutschtums. Ihre Kräfte mobil machen, heißt die Kraft unserer Volksgruppe überhaupt im Grundfundament, in der Familie, stärken. Das, wofür man kämpfen und eintreten soll, muß man kennen und erfassen haben. Wir lernen unser Volk nicht besser kennen und lieben als dadurch, daß wir seine Vergangenheit kennen. Das wir wissen, wer unsere Vorväter waren, was sie dachten, was sie wollten und was sie leisteten. Es ist wohl gut, wenn man die Großen seiner Geschichte kennt. Es ist aber ebenso wertvoll, wenn man über die Art und die Leistung seiner eigenen Voreltern Bescheid weiß. Deshalb ist die Familienchronik, die in unserem Stammbuch „Mut und Boden“ in jeder Familie systematisch geführt werden soll, so überaus wichtig. Erst wenn sich der Enkel ein klares Bild über seinen Großvater machen kann, erst wenn er weiß, unter welchen Umständen der Urgroßvater seine Ehre, seinen Besitz erworben und erarbeitet hat, erst dann hängt er mit dem Herzen an dem, was ihm seine Voreltern überliefert und überlassen haben und wird dann weiter aufbauen, stolz auf die Vergangenheit und mutig in die Zukunft blickend. Über die Familienchronik hinaus stellt Dr. Lück die Forderung: Jedem Dorf eine Dorfchronik, damit über die Familie hinaus die Gemeinschaft in Kenntnis gemeinsamer Freude, gemeinsamer Not und gemeinsamer Leistung fester und fester zusammenwächst.

Hierzu sprach Vgn. Seriba Koschowski-Bromberg über Stellung und Aufgabe der deutschen Frau in der heutigen Zeit. Die deutsche Familie ist der Ausgangspunkt für den neuen deutschen Menschen. Die Fundamente, auf der sich die Familie aufbaut sind Idee und Bekenntnis, Lebensart und Charakter, Behauptungswille und Leistung. So erst kann ein widerstandsfähiges Volk entstehen. Nicht im Klagen und Müdewerden wollen wir unser Volkstum und uns selbst aufgeben, sondern wir wollen uns auf die Leistung unserer Väter bestimmen, auf ihre treue, ehrliche reine Art, mit der sie auch schon Reiten überwunden haben, die ebenfalls schwer waren. Man hat den Deutschen in alle Länder der Welt gerufen, weil er fleißig, treu und ehrlich war und zum Aufbau der jeweiligen Kultur den größten Teil beitrug. Ebenso treu und ehrlich, fleißig und mit der höchsten Leistung wollen wir weiterleben und unseren Lebensraum aus diese Weise behaupten und verteidigen. — Die Erzieherin zu diesem anständigen, daß heißt deutschen Menschen des Charakters und der Leistung aber ist die Mutter. An der Mutter liegt es, wie unsere Jugend wird, an der deutschen Frau liegt es, wie unser deutsches Volk wird.

Der zweite Teil begann mit Volksliedern, einem sehr hübsch aufgeführten Märchenpiel, bei Kaffee und Kuchen. Eine kleine Ausstellung zeigte unseren Frauen, was fleißige Hände schaffen.

So waren hier deutsche Frauen vereint, nicht um ein Fest zu feiern, sondern um in großer Gemeinsamkeit die Notgemeinschaft, die wir bilden, zu erfüllen und zu erfüllen und sich wiederum aus der Gemeinsamkeit Kraft und Stärke zu holen und vor allem das Bewußtsein der ungeheuren Verantwortung als Frau und Mutter unseres deutschen Volkes.

Vergleichende Rechtsbetrachtung.

Das Konkordat und der Gesekentwurf zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Evangelisch-Augsburgischen Kirche.

I.

Über die Frage der religiösen Bekenntnisse und der religiösen Minderheiten Bestimmungen — unverändert in der neuen Verfassung — die Art. 110—116 der Verfassung der Polnischen Republik vom 17. März 1921, deren wesentlichste Bestimmungen folgenden Wortlaut haben:

Art. 114: Das römisch-katholische Bekenntnis als die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes nimmt im Staat die Hauptstellung unter den gleichberechtigten Bekenntnissen ein.

Die Römisch-Katholische Kirche regiert sich nach eigenen Gesetzen. Das Verhältnis des Staates zur Kirche wird auf der Grundlage eines Abkommens mit dem Apostolischen Stuhl festgestellt, das der Ratifikation durch den Sejm unterliegt.

Art. 115: Die Kirchen der religiösen Minderheiten und die anderen rechtlich anerkannten Religionsverbände regieren sich nach eigenen Gesetzen, denen der Staat die Anerkennung nicht versagen wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.

Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf geschlichem Wege nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen festgelegt. In den vorgenannten Artikeln der Staatsverfassung wird also eine doppelte Unterscheidung vorgenommen:

1. zwischen der Römisch-Katholischen Kirche und den Kirchen (bezw. rechtlich anerkannten Religionsverbänden) der religiösen Minderheiten und
2. zwischen den „eigenen Gesetzen“ (dem Inneren Recht, der Verfassung) aller Kirchen und ihrem Verhältnis zum Staat.

Über die „eigenen Gesetze“ der Kirchen, die nur bei der Römisch-Katholischen Kirche keiner Genehmigung bedürfen, wollen wir uns hier in keine vergleichende Betrachtung einlassen. Sehr aktuell aber erscheint heute, unmittelbar nachdem der Ministerrat zum ersten Mal über die Beziehungen des Staates zu einer der sieben Evangelischen Kirchen in Polen einen Beschluß gefaßt hat, ein kurzer Vergleich dieses Gesetzesentwurf mit dem Konkordat vom 10. Februar 1925, in dem das Verhältnis des Staates zur Römisch-Katholischen Kirche geregelt wird. Auch bei dieser Untersuchung wollen wir aus bekannten Gründen nur Texte und Tatsachen sprechen lassen und außerdem nur zwei jetzt besonders umstrittene Artikel des ersten evangelischen Staatsgesetzes im wiedererstandenen Polen herausstellen und in Beziehung zum Konkordat setzen.

I. Die Bischofswahl.

Im Warschauer Entwurf (zu einem Staatsgesetz, das das Verhältnis des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche regeln soll) heißt es darüber im

Art. 17:

1. Der Bischof der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen hat die geistliche Leitung der Kirche. Er repräsentiert die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen gegenüber den staatlichen Behörden und den anderen Bekenntnissen und wird auf Lebenszeit gewählt. Der Bischof ist zugleich lebenslanglich Präsident der Synode und Präsident des Konsistoriums.

2. Der Bischof wird im Einvernehmen (porozumienie) mit dem Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksaufklärung durch ein Wahlkollegium gewählt, welches sich aus dem Vizepräsidenten des Konsistoriums und den Konsistorialräten, den Senioren und den Mitgliedern des Synodalausschusses zusammensetzt. Die Übernahme des Amtes durch den Gewählten erfordert vorherige Bestätigung für das Amt durch den Staatspräsidenten und die Ableistung eines Eides vor dem Staatspräsidenten nach folgender Formel:

„Ich gelobe und schwöre vor Gott dem Allmächtigen auf sein heiliges Evangelium, daß ich der Polnischen Republik die Treue halten werde, deren Wohl und Aufblühen ich nach meinen Kräften im Bereich meiner Tätigkeit fördern werde. Mit vollkommener Loyalität werde ich die von der Verfassung bestimmte Regierung achten und darüber wachen, daß sie auch von der mir untergeordneten Geistlichkeit geachtet wird. Ich werde an keinen Unternehmungen, an keinen Beratungen teilnehmen, die dem Polnischen Staat schaden könnten. Ich werde im Gegenteil bemüht sein, in meinem Tätigkeitsbereich all das zu befördern, was die öffentliche Ordnung und das Staatswohl bedrohen könnte. So wahr mir Gott helfe an Leib und Seele durch Jesus Christus unseren Herrn.“

3. Wenn das Amt des Bischofs vakant wird, oder wenn der Bischof nicht die Möglichkeit hat, seine Pflichten unmittelbar wahrzunehmen, tritt der Vizepräsident des Konsistoriums oder ein in seiner Vertretung von dem Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksaufklärung berufener (zaproszony) geistlicher Konsistorialrat als Präsident des Konsistoriums in seine Rechte ein und beruft spätestens im Laufe von drei Monaten das Wahlkollegium nach Warschau zur Vornahme der Neuwahl.

4. Wenn die Wahl des Bischofs nicht zustande kommt, beruft der Staatspräsident der Republik einen von den geistlichen Konsistorialräten, der in der Eigenschaft eines Vertreters des Bischofs vorläufig alle Funktionen desselben wahrnimmt.

5. Die Rechte des Präsidenten des Konsistoriums und des Präsidenten der Synode werden durch das grundsätzliche innere Recht der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen bestimmt.

6. Der Präsident des Konsistoriums bezieht vom Staat das Gehalt eines Staatsbeamten vierter Dienstgrades, hat das Recht auf eine Alterspension und genießt alle den Staatsbeamten zustehenden Leistungen.

Im Konkordat heißt es zur Bischofswahl ganz kurz in Art. 11:

Die Wahl der Erzbischöfe und Bischöfe steht dem Heiligen Stuhl zu. Seine Heiligkeit erklärt sich damit einverstanden, sich an den Staatspräsidenten vor der Ernennung der Erzbischöfe und Bischöfe, Koadjutoren „cum jure successione“, sowie des Feldbischofs zu wenden, um sich zu vergewissern, ob nicht der Präsident Bedenken politischer Natur gegen diese Wahlen hat.

Art. 12 enthält dann die Formel des Treueides, die fast wörtlich mit der Eidesformel für den evangelischen Bischof übereinstimmt. Im Konkordat ist der bekräftigende Schlußsatz fortgelassen.

Im Anhang A zum Konkordat werden die der Katholischen Kirche durch den Polnischen Staat „anerkannten Besoldungen“ nach dem laufenden Multiplikator für die Staatsbeamten berechnet, darunter auch im einzelnen die Besoldungen für die Kardinal, Erzbischöfe, Diözesanbischöfe, Hilfsbischöfe usw.

Man erkennt also sofort — besonders in der Eidesformel — manche Gleichstellungen, aber auch der Unterschied springt ins Auge. Er liegt in der Wahlhandlung selbst. Der römisch-katholische Bischof wird von seiner obersten Kirchenbehörde frei gewählt. Der Heilige Stuhl erklärt sich nur damit einverstanden, daß er sich vorher beim Staatspräsidenten vergewissern werde, ob dieser Bedenken politischer Natur gegen diese Wahl hat. Das ist alles! Selbst wenn der Staatspräsident solche politischen Bedenken hat, bleibt dem Heiligen Stuhl die letzte Entscheidung bei der Wahl des Bischofs.

Demgemäß müßte entsprechend dem in Art. 114 der Staatsverfassung ausgesprochenen Grundsatz der Gleichberechtigung auch der evangelische Bischof von der obersten Behörde seiner Evangelischen Kirche gewählt werden. Wer das ist, besagt ganz richtig Art. 18 Abs. 1 des „Warschauer Entwurfs“, wo es heißt:

„Die oberste Behörde, die dazu berufen ist, die inneren Angelegenheiten der Kirche zu entscheiden, ist die Synode der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen.“

Die Verfassungsgebende Synode von 1923 sah in ihrem Entwurf die freie Bischofswahl durch die Synode vor, daß gleiche tat auch noch der staatliche Entwurf von 1924. In dem neuen Entwurf von 1936 aber wird an die Stelle der Synode, also der Vertretung des Kirchenvolks ein Wahlkollegium gesetzt, in welchem die Mitglieder des Synodalausschusses eine verschwindende Minderheit bilden. Die große Mehrheit der Wahlmänner ist ihrer Ernennung oder Bestätigung vom Staat abhängig, wenn nicht gar — wie der Vizepräsident des Konsistoriums ein Organ des Staates selbst geworden. Dazu kommt dann noch die entscheidende doppelte Anerkennung („Einvernehmen“ und „Bestätigung“) durch die staatlichen Behörden.

Der Vizepräsident des Konsistoriums.

Im „Warschauer Entwurf“

wird in Art. 19 Abs. 1 als oberste Verwaltungsbehörde und als Vollzugsorgan der Synode das Konsistorium der Evangel. Augsb. Kirche bestimmt, das aus dem Präsidenten (Bischof), dem Vizepräsidenten und sechs Konsistorialräten bestehen soll. Über die Wahl des Präsidenten (Bischofs) haben wir bereits gesprochen. Die Konsistorialräte werden zwar von der Synode gewählt (Art. 19 Abs. 5), aber sie dürfen ihr Amt erst übernehmen, wenn sie vom Kultusminister bestätigt sind. Ganz anders verhält es sich mit der Berufung des Vizepräsidenten des Konsistoriums, über den es heißt:

Art. 19.

2. Der Vizepräsident des Konsistoriums wird im Einvernehmen mit dem Konsistorium von dem Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksaufklärung ernannt. Der Vizepräsident des Konsistoriums beaufsichtigt die vorchriftsmäßige (prawidłowy) Abwicklung der Arbeiten des Konsistoriums und leitet die Sitzungen des Konsistoriums bei Abwesenheit des Bischofs.

3. Wenn eine Verständigung in Sachen der Ernennung des Vizepräsidenten des Konsistoriums nicht erzielt wird, beruft der Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksaufklärung einen der weltlichen Räte des Konsistoriums zur vorläufigen Ausübung der Pflichten des Vizepräsidenten.

4. Wenn der Vizepräsident nicht die Möglichkeit hat, seine Pflichten wahrzunehmen, vertritt ihn ein von dem Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksaufklärung berufener (zaproszony) weltlicher Konsistorialrat.

Aus dieser Regelung seiner Vertretung geht hervor, daß der Vizepräsident als ein weltliches Mitglied des Konsistoriums, vermutlich als dessen leitender Jurist gedacht wird. Er wird nicht von der Kirche berufen, sondern vom Kultusminister ernannt. Der so ernannte Vizepräsident ist also praktisch ein Staatskommissar. Die Art seiner Berufung verleiht ihm noch mehr als das Wahlkollegium bei der Bischofswahl, daß die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen nach dem Willen des Staates eine Staatskirche oder richtiger: eine völlig staatsgebundene Kirche werden soll.

Demgegenüber kennt das Konkordat natürlich kein vom Staat ernanntes Mitglied eines katholischen Konsistoriums und keinen Staatskommissar.

Der Einwand, daß es anderswo auch evangelische, besonders lutherische Staatskirchen gibt (mit einer engeren oder weniger engen Bindung an den Staat) ist nicht stichhaltig. Evangelische Staatskirchen sind — immer mit dem hier nicht befragten Willen der Gemeinden — denkbar in Staaten mit überwiegend evangelischer Mehrheit (England, Schweden); in Polen ist aber — wie Art. 114 der Staatsverfassung ausdrücklich besagt — das römisch-katholische Bekenntnis die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes (und damit auch der Regierung). In Schweden würde ein evangelischer Kultusminister den Vizepräsidenten des Evangelischen Konsistoriums ernennen, in Polen ernannt ihn im Regelfall ein Katholik!

Sinzu kommt noch, daß die Mehrheit der Staatsbevölkerung (und damit der Regierung) nicht nur anders als in England sondern auch anders als in Schweden ist als die Mehrheit des evangelischen Kirchenvolks in Polen. Der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Warschau, die polnisch geleitet ist, gehören zu 80 Prozent deutsche Mitglieder an. An der Opposition gegen das Kirchengesetz von 1936 beteiligten sich aber nicht nur die Deutschen. Auch in der polnischen Minderheit innerhalb dieser Kirche, vor allem am Sitz des Konsistoriums, in Warschau selbst, gibt es eine Gegnerschaft gegen den Entwurf, die u. a. von dem polnischen evangelischen Senator Ewert geführt wird.

(Schluß folgt.)

Sabrestagung des Verbandes der Deutschen Volksgruppen in Europa.

Die Hauptversammlung.

Aus Karlsbad wird berichtet:

Am Sonnabend mittag wurde die Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Volksgruppen in Europa durch den bisherigen Präsidenten Max Richter, Mildenan eröffnet. Neben den Vertretern aus zehn Ländern Europas und dem Präsidium mit Konrad Henlein nahmen an der Hauptversammlung eine große Zahl inbunden deutscher Persönlichkeiten teil.

Namens der Stadt Karlsbad begrüßte Vizebürgermeister Direktor Franz Albert die Gäste, worauf Präsident Max Richter mitteilte, daß der Hauptauschuß

für die Wahl des neuen Vorsitzenden des Volksgruppen-Verbandes einstimmig Konrad Henlein vorschlägt.

Unter starkem Beifall wurde die Wahl Konrad Henleins durch die Hauptversammlung bestätigt und vollzogen. Konrad Henlein dankte für das Vertrauen, das ihm von den Vertretern aller deutschen Volksgruppen in Europa entgegengebracht wird. Aufgabe aller und sein besonderes Bemühen werde es sein, eine starke innere Verbindung zwischen den Volksgruppen herzustellen, die alle bestrebt seien, ihr Lebensrecht durchzuführen.

Nun dankte im Namen aller Volksgruppen

der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung in Polen Dr. G. Kohnert,

dem scheidenden Präsidenten Max Richter für seine vorbildliche Arbeit, vor allem aber auch dafür, daß er es mit vollem Erfolg auf sich genommen hatte, den Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa über eine schwere Krisenzeit hinwegzubringen, unter der alle Volksgruppen zu leiden haben. Die Kameradschaft in der Arbeit, die alle Volksgruppen mit der Tätigkeit Max Richters verband, solle ihm auch weiterhin erhalten bleiben. Der schönste Dank aber werde es sein, wenn die Volksgruppen dem neuen Präsidenten des Verbandes durch Dick und Dünn Kameradschaft und Treue halten.

Den Arbeitsbericht

über das abgelaufene Jahr erstattete sodann der ständige Beauftragte des Volksgruppen-Verbandes Werner Hasselblatt. Bisher gedachte er des in diesem Jahre verschiedenen Generalsekretärs des Europäischen Nationalitätenkongresses Dr. Ewald Ammende, der als Mitbegründer des Verbandes der Deutschen Volksgruppen die stärkste motorische Kraft der Volksgruppenarbeit überhaupt war. Sein Werk werde von langer Dauer sein, seine Gedanken und die plastische Art, die Dinge zu sehen, werde ihn selbst überdauern, er werde durch seine Arbeit auch nach dem Tode bei allen Volksgruppen gegenwärtig sein. Besonders tragisch sei es, daß ihm nach kurzer Frist auch sein Bruder, Erich Ammende, in den Tod gefolgt sei, der die Kanzlei des Nationalitätenkongresses leitete und gleich seinem Bruder ein hervorragender Kenner der Volksgruppen-Probleme war. Nach diesem, von der Versammlung lebhaft entgegengenommenen Nachruf führte Werner Hasselblatt u. a. aus:

Die Sonderstellung der Volksgruppen im europäischen Leben, sei durch drei Umstände gekennzeichnet, die Volksgruppen sind ein wichtiges Ordnungselement der Staaten, in denen sie leben, in ihrer Gesamtheit aber das einheitlichste Ordnungselement im Osten Mitteleuropas überhaupt. Aus Schicksal und Willen sind sie die Pioniere des Nationalitätenrechts und Vorkämpfer für neue europäische Ordnungs- und Rechtsgedanken; sie sind schließlich Vorkämpfer ihres Volkstums, des Gesamtvolkes. Aus diesen drei Gegebenheiten entwickelte Werner Hasselblatt die rechtsprechenden und rechtsgestaltenden Arbeiten des Verbandes. Auf nationalitätenrechtlichem Gebiet leistete vor allem die Zeitschrift des Verbandes „Nation und Staat“ außergewöhnliche Dienste, die in mehreren wichtigen wissenschaftlichen Sonderarbeiten die systematische Bearbeitung der Volkstumsfragen auch bei den anderen Völkern behandelte. Es sei unbestritten, daß die deutschen Volksgruppen in dem allgemeinen Kampfe der Nationen eine führende Rolle einnehmen.

Der Ständige Beauftragte schloß seinen Jahresbericht mit der Feststellung, daß gewiß nicht alle „Aufgaben so bewältigt werden konnten, wie dies wünschenswert gewesen wäre, daß aber dennoch der Erfolg dieser Arbeit unabweisbar sei. Er gab der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß der Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa unter der Führung des neuen Vorsitzenden dem sich alle in Treue und Mitarbeit verpflichtet fühlen, einem noch größeren Erfolg entgegengehen möge.

Der die Hauptversammlung leitende Tagungsvorsitzende Abg. Dr. Friedrich Hermannstadt, dankte dem Ständigen Bevollmächtigten Werner Hasselblatt für die zielbewußt geleitete Verbandsarbeit, was von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Lageberichte.

Anschließend an die Hauptversammlung berichteten die Volksgruppenvertreter eingehend über die Entwicklung des Nationalitätenrechtes in ihren Heimatstaaten und über die äußeren und inneren Bedingungen, unter denen der Kampf um die Erhaltung des Volkstums geführt wird. Über alle Verhältnisse hinweg, die sich aus der besonderen Lage jeder einzelnen Volksgruppe ergeben, kam in allen Referaten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Frage eines neuen Nationalitätenrechtes, das die Anerkennung der Volksgruppe als Träger von Einzelrechten beinhaltet, ein wesentliches Problem aller Volkstumsicherung und nationaler Befriedung ist. Erreicht war die übereinstimmende Feststellung aller Volksgruppenvertreter, daß die Phase der inneren Zwistigkeiten im wesentlichen als überwunden zu betrachten sei, und daß überall der Arbeitswille und damit das Zusammenstreben neuen Auftriebs erfahren habe. Besonders Interesse begegnete u. a. auch ein Bericht über die Probleme des in der Sowjetunion lebenden Deutschtums, dessen Schicksal das härteste unter allen Volksgruppen ist. Verhältnismäßig am günstigsten dagegen lauteten die Berichte der deutschen Volksgruppen aus Dänemark und Estland, wiewohl auch dort noch die Lösung schwerwiegender Sorgen offen steht.

Die Hauptversammlung fand ihren Abschluß durch einen

Vortrag des Abg. Ernst Kundt (Tschechoslowakei) über das Volkstumsrecht in der völkerrechtlichen Entwicklung.

Abg. Kundt gab darin einen historischen Abriss des Kampfes um Volkstumsrechte gegen die absolute Herrschaft des in der Französischen Revolution geborenen ausschließlichen Individualrechtes und wies vor allem nach, daß dieser Kampf um die Volkstumsrechte schon lange vor den Minderheitenschutzverträgen im Gange war. Als Beispiele führte er u. a. die Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 bezüglich Polens, des Berliner Kongresses von 1878 bezüglich der Balkanstaaten, das altösterreichische Staatsgrundgesetz von 1867 und vor allem auch die Volkshaft Paladys an das Frankfurter Volksparlament von 1848 an. Die Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes der Einzelmenschen hätte zwar keine Menschheit als Einheit zu gestalten vermocht, sie hätte aber die Völker wieder zum Selbstbewußtsein erweckt. Die Nationalitätenkämpfe brachen nach 1918 in einer neuen Frontstellung wieder auf, weil die Minderheitenschutzverträge nicht das Recht des Volkstums, sondern nur das des einzelnen Staatsbürgers — und auch das nur unzureichend — festlegten. Abg. Kundt zeigte in einer gründlichen Analyse die Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung des Minderheitenrechtes zu einem Volkstumsrecht und stellte als neuen Ordnungsgrundsatz den Gedanken in den Mittelpunkt, daß die gegenseitige Achtung der Völkertümer als Eigenwert eines neuen europäischen Friedenszustandes zu betrachten sei. Der Kampf um die Erhaltung des bisherigen Minderheitenrechtes stehe mit dem Kampf um ein wahres Volkstumsrecht in keinem Widerspruch. Beide Kampfrichtungen seien als gegenseitige Ergänzungen zu betrachten, solange kein zulänglicher zwischenstaatlicher oder völkerrechtlicher Schutz des Volkstums erzielt worden sei. Entscheidend für die Erzielung eines echten Volkstumsrechtes als Grundlage einer wahren Lösung der europäischen Nationalitätenfrage aber seien das Volkstumsbewußtsein und der Rechtswille. Es sei eindeutig, daß die Volksgruppen an einer friedlichen Lösung des Nationalitätenproblems interessiert sind. Zusammenfassend stellte Abg. Kundt fest, daß der Rechtskampf der Volksgruppen in Europa vor allem darauf ausgerichtet sei, daß als Grundlage für eine Lösung des Nationalitätenproblems der Gleichheitsgrundsatz für den einzelnen Staatsbürger nicht genügt, sondern

der Grundsatz der Gleichheit der Völker und Volksgruppen in einem Staate;

daß hierzu die Anerkennung der Volksgruppe als öffentlich rechtliche Körperschaft notwendig sei, daß die seelische Verbundenheit der Volksgruppe über Staatsgrenzen hinweg gepflegt werden kann; daß auch die Sicherheit des materiellen Besitzstandes verbürgt sein muß, und daß schließlich jede Volksgruppe ihre vollkommene Eigenart und die materiellen Voraussetzungen dafür selbst zu bestimmen und zu verwalten in der Lage sein muß.

Polens Kolonialwünsche.

Die polnische See- und Kolonialliga fordert einen eigenen Landbesitz in Uebersee.

Die polnische See- und Kolonialliga hat am Sonnabend im ganzen Lande eine Werbung für den Kolonialgedanken durchgeführt. In Zeitungsartikeln, Vorträgen, Flugblättern usw. wurde der Gedanke verbreitet, daß Polen bei der Verteilung der Siedlungs- und Rohstoffgebiete der Welt eine bessere Berücksichtigung seiner Interessen verlangen muß.

Die Aufrollung der Kolonialfrage wird nach dem Ausbau des eigenen Seehafens und einer rasch wachsenden Handelsflotte als nächster Programmpunkt der Großmachtspolitik des neuen Staates hingestellt. Die Männer der Kolonialliga bemühen sich also zunächst einmal, das Bewußtsein in der polnischen Bevölkerung zu wecken, daß sie für solche Aufgaben geeignet wäre. Diese Kolonial-Propaganda geht aber noch einen erheblichen Schritt weiter als die amtliche Forderung nach Siedlungsgebieten für Auswanderer aus Polen, wobei sich die Regierung ja in erster Linie um eine Entspannung in der Judenfrage bemüht. Die Kolonialliga fordert für Polen einen eigenen Landbesitz in Uebersee, der auch seine Rohstoffversorgung erleichtern könnte.

Die Auswanderungs- und Siedlungsfrage im engeren Rahmen ist übrigens in den letzten Wochen auf internationalem Boden weiter offen gehalten worden. In den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf haben die polnischen Vertreter wiederholt ihre Wünsche neu vorgebracht und ausführlich begründet. Die praktischen Aussichten sind aber, wie sich im Zusammenhang mit den Londoner Besprechungen des Außenministers ergab, vorläufig gering. In der Palästinafrage zeigen die Engländer wenig Lust zum Entgegenkommen im Sinne der Zulassung einer größeren Zahl jüdischer Einwanderer, und in ihren anderen Kolonial- und Mandatsgebieten kommen Neusiedlungen von geschlossenen Gruppen größeren Umfangs, die nicht über eigenes Kapital verfügen, vorläufig nach britischer Auffassung auch nicht in Frage.

Wunsch und Wirklichkeit.

Während die gesamte polnische Presse in ihren Propaganda-Artikeln zur Werbung für den polnischen Kolonialgedanken den Besitz eigener Kolonien als eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellte, vertritt der „Dziennik Poznański“ den Standpunkt, daß man sich in Polen zunächst ernsthaft darauf vorbereiten müsse, die Rolle eines guten Kolonisators zu spielen, der lediglich die Größe und Macht des eigenen Staates im Auge hat. Das Blatt schreibt u. a. folgendes:

„Eine Antwort auf die Frage, welche Kolonien wir haben wollen, kann lediglich die Regierung geben. Wenn die Regierung dies bis jetzt nicht getan hat, so muß man eben geduldig warten. Wir halten es aber für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Meinung mit kolonialen Angelegenheiten ohne ein klar präzipiertes Ziel zu befassen, für die Frage selbst und für ihre Besürwörter eher kurzweilig und für längere Sicht gefährlich ist.“

„Es bleibt noch die Antwort auf die zweite bescheidene Frage übrig, in welcher Weise Polen die Kolonien erobern möchte. Man stellt uns lediglich zwei Möglichkeiten in Aussicht: einen Krieg oder die Abtretung von Kolonialgebieten durch irgend eine Macht, sei es auf dem Wege der direkten Verhandlung oder durch Vermittlung des Völkerbundes. Einen Kolonialkrieg müssen wir aus inneren theoretischen Erwägungen überhaupt ausschalten. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, daß uns irgend ein gesättigter Staat Kolonialgebiete abtritt, der allerdings den Gedanken daran möglichst lange hinausschieben wird. Der Glaube an die Vermittlung des Völkerbundes ist noch problematischer. Es bleibt also der einzige Weg übrig: Warten und sehen!“



So meldet sich die Grippe:

Müdigkeitsgefühl, Schmerzen in den Gliedern Dann sofort ins Bett, und, bis der Arzt kommt, von Zeit zu Zeit

ASPIRIN BAYER

Jetzt polnisches Erzeugnis

Der neue Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Volksgruppen in Europa

Konrad Henlein schloß die Tagung mit einer kurzen Ansprache, die von den Volksgruppenvertretern mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde.

Konrad Henlein sagte u. a.:

„Zwei große Gesichtspunkte müssen vor allem als Ergebnis unserer Arbeit herausgehoben werden: Wir alle sind verbunden durch gleiches Leid und gleiche Not, die für jede Volksgruppe Besonderheiten besitzen, im Grundton aber uns alle verbinden. Es ist notwendig, daß wir noch viel stärker als bisher unsere Erfahrungen austauschen und unsere Arbeitsmöglichkeiten gegenseitig überprüfen. Wir müssen viel stärker als bisher durch Gedankenaustausch und Verlebendigung einander stützen, weil nur da unser Kampf in voller Stärke vorgetragen werden kann. Nicht nur äußerlich dürfen wir die Gemeinsamkeiten erkennen, wir müssen sie gefühlsmäßig erfassen, um die Arbeit gemeinsam anpacken zu können.“

„Zum anderen müssen wir gemeinsam unser Recht vortragen, nicht nur bei den Staaten, die uns Verständnis entgegenbringen, sondern auch bei denen, die unsere Rechte noch nicht anerkennen wollen. Die von Gott geschaffenen Völkertümer sind heilig. Niemand darf sie antasten, der Anspruch auf ethische Würde erhebt. Wir alle stehen in einem Kampfe, der nicht von heute oder gestern ist, der seit Jahrhunderten durchgeführt wird. Stärker als alles Leid sind Blut, Geist und Wille eines Volkes. Klagen wir nicht über unser Schicksal, seien wir stolz, daß Gott uns so schwere Aufgaben anvertraut hat. Neugefärkt nach innen, neugefärkt in unserem Willen und zukunftsgläubiger gehen wir wieder aneinander in dem Bewußtsein, daß Gott ein Volk, das auf Ihn baut, nicht verläßt.“

Gegen die Proletarisierung des Dorfes.

In Krakau tagte unlängst der Hauptvorstand des Verbandes der Großgrundbesitzer. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung gefaßt, die sich gegen die Proletarisierung des Dorfes durch Bildung von Zwerghöfen wendet. Es heißt darin u. a.:

„Der Umbau der Agrarstruktur in Polen ist besonders wichtig und daher erklären die Versammelten, daß sie zu den weitgehendsten Opfern für die Bildung von landwirtschaftlichen Betrieben in Polen bereit sind, die sich selbst versorgen können. Dagegen müssen sie es sowohl vom volkswirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen als auch vom militärischen Standpunkt aus als schädlich ansehen, das polnische Dorf, wie es das Landwirtschaftsministerium anstrebt, durch die Bildung von Zwerghöfen zu proletarisieren, was zweifellos erfolgen muß, sofern nicht gleichzeitig der überschüssigen landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Industrialisierung des Landes, mit Hilfe von öffentlichen Arbeiten, durch die Hebung des Handwerks, wie auch durch eine Verstärkung der Emigration eine dauernde Existenz sichergestellt wird.“ Im besonderen wendet sich die Entschließung gegen die weitere Zerstückelung des Großgrundbesitzes im Krakauer Bezirk.

Erbhofgesetz in Polen?

Das Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, wie wir bereits gemeldet haben, der nächsten Sejmession einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine teilweise Einführung der Unteilbarkeit von landwirtschaftlichen Betrieben, also eine Art Erbhofgesetz in Polen eingeführt werden soll. Der Entwurf sieht das Verbot einer Teilung von Landwirtschaften vor, die aus neuen Parzellierungen entstanden sind. Zu dem neuen Plan des Landwirtschaftsministeriums liegen bis jetzt nur wenige Pressestimmen vor, doch lehnen ihn jene polnischen Zeitungen, die sich bisher mit ihm befaßt haben unbedingt ab.

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen“, so schreibt u. a. das nationaldemokratische „Słowo Pomorskie“, wird dieser Plan keine praktische Bedeutung haben.“ Denn könne man sich vorstellen, daß ein Landwirt, der einige Söhne hat, einen von ihnen zum Erben seines Grundstücks macht, die anderen aber dem Hunger und der Not preisgibt? Vom sozialen Standpunkt würde dies die Bildung von neuen Kadres des Lumpenproletariats bedeuten. Dieser Weg führte nicht zum Ziele. Ein papierenes Verbot werde nur auf dem Papier bleiben, ein Verbot, das den tatsächlichen Zustand nicht ändern werde. Man müsse zunächst der überschüssigen Dorfbewölkerung die Möglichkeit geben, auf anderen Lebensgebieten Beschäftigung zu finden; erst dann kann man an eine Einschränkung der Teilbarkeit von Wirtschaftsbetrieben denken. Wenn der eine Sohn eines Dorfbewohners in der Lage ist, sich einen Laden in der Stadt zu gründen, und wenn der zweite in die Fabrik arbeiten geht, dann werde der Vater ruhig dem dritten Sohn seine Wirtschaft ungeteilt lassen können.“

Norwegische Auszeichnung für den Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident empfing, wie die Polnische Telegraphen-Agentur berichtet, den Norwegischen Gesandten in Warschau, Christian Ditleff, in Begleitung des Direktors des Diplomatischen Protokolls, Romer. Während der Audienz überreichte der Gesandte dem Staatspräsidenten den Olaf-Orden, die höchste norwegische Auszeichnung, die der König von Norwegen, Haakon VII., dem Präsidenten der Republik Polen verliehen hatte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutschen Holzkontingente für Polen.

In Verbindung mit den kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen über die Festsetzung der Einfuhr- und Ausfuhrkontingente für den Monat Dezember d. J. wurden auch die Holzkontingente in Berlin festgelegt. Das Plafond für Dezember beträgt 3 Mill. Kubm. Dieser Betrag besteht aus 2 Mill. Kubm reaktivierten Rückständen, sowie 1 Mill. Kubm Voranschlag aus dem Januarfontingent. Der Gesamtbetrag von 3 Mill. Kubm wurde wie folgt aufgeteilt: Die privaten Exporteure erhielten 1 875 000 Kubm mit der Maßgabe, daß das Ausfuhrkontingent für Papierholz 275 000 Kubm, für Rundholz aus Oberforstorten 900 000, für Schnittholz 685 000, Rundschnittmaterial 565 000, Meißel 50 000 Kubm beträgt, dagegen haben die polnischen Staatsforsten 275 000 Kubm für Papierholz, 540 000 für Schnittholz, 810 000 für Rundholz, also insgesamt 1 250 000 Kubm zugeteilt erhalten.

Wie bekannt wird, sind die Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen auf dem Gebiete des Holz- und Holzproduktenverkehrs allgemein abgeschlossen, da sämtliche Einzelheiten, mit Ausnahme des Anteils der Holzwirtschaft am geplanten polnischen Export nach Deutschland, erörtert worden sind. Die Aufteilung in Sortimente wird eine gewisse Veränderung erfahren, insofern der Anteil des Papierholzes auf Kosten der Schnittholzmateriale vergrößert wird. Gleichzeitig wird Meißel aus der Gruppe des Holzexports herausgenommen und in eine andere Gruppe eingeschaltet.

Holland schließt sich der englisch-französisch-amerikanischen Währungsvereinbarung an. Die Niederländische Regierung gibt bekannt, daß sie durch Erklärungen an die Regierungen in Paris, London und Washington von ihrem Beitritt zur englisch-französisch-amerikanischen Vereinbarung vom 25. September 1936 Kenntnis gegeben habe. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß mit den technischen Vorarbeiten, die sich aus dem Beitritt Hollands zu dieser Währungsvereinbarung ergeben, begonnen worden sei.

Kosmos-Terminkalender 1937. Kosmos-Verlag, Poznan. Preis 3,90 Zloty, mit erweitertem Kalendarium 4,75 Zloty.

Im 8. Jahrgang erschien neben der bekannte und einzige deutschsprachige Geschäfts-Kalender in Polen. Sein Inhalt hat ihn in den verflochtenen sieben Jahren zu einem der unentbehrlichen Hilfsbücher auf dem Schreibtisch jedes wirtschaftlich Schaffenden gemacht; denn der Anhang hat sich zu einem so übersichtlichen und zuverlässigen Nachschlagewerk auf den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens entwickelt, daß es etwas Ähnliches in Polen nicht gibt.

Steuerverfahren, Sozialversicherung, Rechte des Arbeitnehmers aus der Sozialversicherung, kaufmännische Rechtspraxis, Pabarese, Posttarif, Änderungen von Behörden und Verbänden usw. sind ohne unnötigen Ballast in vorbildlicher Übersichtlichkeit behandelt, so daß auch dem Ungeübten ein müheloses Zurechtfinden möglich ist. Überflüssig ist es, zu erwähnen, daß alle Angaben dem neuesten Stand der Gesetzgebung entsprechen.

Die pünktliche Annahme der Steuertermine ist für den Kaufmann und Gewerbetreibenden besonders wichtig. Um das Übersehen eines Terms unmöglich zu machen, sind alle Steuertermine des Jahres 1937 in einer Tabelle zusammengefaßt und außerdem die Zahlungsstermine der Steuer und Sozialversicherung an den betreffenden Tagen im Notizkalendarium vermerkt. Der Reichsteil wurde durch einen neuen Abschnitt „Beziehungen durch die Post“ erweitert. Die Vorschriften sind auf Grund des neuen Gesetzes neu gefaßt worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kosmos-Terminkalender seinen Ruf, zuverlässig und praktisch zu sein, auch in diesem Jahre bewahren und festigen wird.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 25. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Warschauer Börse vom 24. Novbr. Umlauf, Verkauf — Kauf.

Belgien	89,60	89,78	—	89,42	Belgrad	—	—	212,78
—	211,94	Budapest	—	Bukarest	—	Danzig	100,00	100,20
—	—	—	—	—	—	—	—	99,80
—	—	—	—	—	—	—	—	287,00
—	—	—	—	—	—	—	—	116,24
—	—	—	—	—	—	—	—	115,66
—	—	—	—	—	—	—	—	25,98
—	—	—	—	—	—	—	—	25,91
—	—	—	—	—	—	—	—	5,30%
—	—	—	—	—	—	—	—	5,32
—	—	—	—	—	—	—	—	5,29%
—	—	—	—	—	—	—	—	130,45
—	—	—	—	—	—	—	—	130,78
—	—	—	—	—	—	—	—	130,12
—	—	—	—	—	—	—	—	24,75
—	—	—	—	—	—	—	—	24,63
—	—	—	—	—	—	—	—	18,78
—	—	—	—	—	—	—	—	18,83
—	—	—	—	—	—	—	—	18,73
—	—	—	—	—	—	—	—	122,20
—	—	—	—	—	—	—	—	121,60
—	—	—	—	—	—	—	—	122,20
—	—	—	—	—	—	—	—	11,49
—	—	—	—	—	—	—	—	11,43
—	—	—	—	—	—	—	—	99,20
—	—	—	—	—	—	—	—	98,80
—	—	—	—	—	—	—	—	28,00
—	—	—	—	—	—	—	—	28,10
—	—	—	—	—	—	—	—	27,90

Berlin, 24. November. Amtl. Devisenkurs. New York 2,488—2,492 London 12,195—12,225, Holland 134,96—135,24, Norwegen 61,28 bis 61,40, Schweden 62,86—62,98, Belgien 42,07—42,15, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 11,67—11,62, Schweiz 57,16—57,28, Prag 8,771 bis 8,789, Wien 48,95—49,05, Danzig 47,04—47,14, Warschau —, —.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,28%, 31., bis 11. Scheine 5,28 Zlot., Kanada —, 31., 1 Bfd. Sterling 25,89 Zlot., 100 Schweizer Franc 121,40 Zlot., 100 französische Franc 24,61 Zlot., 100 deutsche Reichsmark 107,00, in Gold —, 31., 100 Danziger Gulden 99,80 Zlot., 100 tschech. Kronen 17,20 Zlot., 100 österreich. Schilling 94,50 Zlot., holländischer Gulden 286,70 Zlot., belgisch Belgas 89,35 Zlot., ital. Lire 24,60 Zlot.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 24. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:	
Weizen	25,50—25,75
Roggen, gel., trocken	18,50—18,75
Braugerste	25,00—25,00
Gerste 700—715 g/l.	22,10—22,75
Gerste 667—676 g/l.	20,75—21,00
Gerste 630—640 g/l.	19,75—20,00
Safer 450—470 g/l.	16,00—16,50
Roggen-Auszugmehl 10-30%	28,25—28,50
Roggenmehl	0-50% 27,75—28,00 0-65% 26,00—26,50
Roggenmehl II	50-65% 18,25—18,75 65-75% 16,50—17,00
Roggen-Nachm. 65%	16,50—17,00
Weizenmehl	IA 0-20% 41,25—42,25 A 0-45% 40,25—40,75 B 0-55% 38,75—39,25 C 0-60% 38,25—38,75 D 0-65% 37,25—37,75 E 20-55% 36,25—36,75 B 20-65% 35,50—36,00 D 45-65% 32,50—33,50 F 55-65% 28,50—29,50 G 60-65% —
III A 65-70%	22,00—23,00
B 70-75%	19,00—20,00
Roggenkleie	13,00—13,50
Weizenkleie, mittl.	12,25—13,00
Weizenkleie (grob)	13,25—13,75
Gerstenkleie	13,75—15,00
Winterraps	45,00—46,00
Leinamen	42,00—45,00
blauer Mohr	64,00—68,00
gelbe Lupinen	—
blaue Lupinen	—
Seradella	—
Weißklee	90,00—135,00
Infernaklee	—
Rotklee, roh	100,00—125,00
Senf	30,00—33,00
Bittoriaerbsen	22,00—25,00
Poljaererbsen	23,00—25,00
Rlee, aelb.	—
ohne Schalen	—
Beluchten	—
Widen	—
Weizenstroh, lose	2,15—2,40
Weizenstroh, gepr.	2,65—2,90
Roggenstroh, lose	2,25—2,50
Roggenstroh, gepr.	3,00—3,25
Saferstroh, lose	2,50—2,75
Saferstroh, gepr.	3,00—3,25
Saferstroh, gepr.	2,15—2,40
Gerstenstroh, gepr.	2,65—2,90
Heu, lose	4,10—4,60
Heu, gepr.	4,75—5,25
Reheheu, lose	5,00—5,50
Reheheu, gepr.	6,00—6,50
Leintuch	20,75—21,00
Rapsstuch	16,75—17,00
Sonnenblumen-tuch 42-43%	21,50—22,50
Speielfartoffeln	—
Fabrikartoff. p. kg.	18 gr

Gesamtmarkt: ruhig. Umsätze 3811,5 to, davon 67 to Roggen, 125 to Weizen, 125 to Gerste, — to Safer.

Sowjetnot in Zahlen.

Der gewöhnliche Sowjetbürger interessiert sich nicht für große internationale Probleme. Ihm ist die Revolution in Spanien oder auch die „faszistische Gefahr“ vollständig gleichgültig, er erfüllt, indem er „begeistert“ seine Stimme abgibt und bei „spontanen“ Gelegenheiten protestiert, nur eine seiner „bürgerlichen“ Pflichten, die um so schwerer und verantwortungsvoller sind, als ihre Nichterfüllung für ihn unberechenbare Folgen nach sich ziehen muß. Der „Mann von der Straße“ in dem „glücklichsten und freiesten Lande unter der Sonne“ führt in Wirklichkeit ein Dasein, das aller geistigen und moralischen Interessen bar ist. Denn ihn bewegen nur zwei Fragen: woher die Mittel zum Leben nehmen und — welche Kaufkraft hat das sauer verdiente Geld? In dieser Beziehung ist der Sowjetbürger weit entfernt von jenem Ideal der „Glückseligkeit“, die von Moskau so gerühmt wird.

Trockene Zahlen, die der Moskauer Vertreter des Krafauer „Ilustrowany Kurjer Godzienny“ anführt, illustrieren aber mit aller Deutlichkeit den Lebensweg des Sowjetbürgers. In den Moskauer Vorstädten kostet ein Kilo Hammelfleisch 8 Zloty, ein Kilo Rindfleisch 6, ein Kilo Zucker 5 Zloty, Speck, Grütze und Kartoffeln gibt es nicht. In Kiew zahlte man für ein Kilo Rindfleisch 5 Zloty, für ein Kilo Zucker 4, für ein Kilo Brot 0,90—1 Zloty, Kartoffeln, Grütze und Gemüse sind nicht zu haben. In Wladystok kosteten ein Kilo Schwarzbrot 1 Zloty, 1 Kilo Weißbrot 2, 1 Kilo Butter 17, 1 Liter Milch 5, 1 Kilo Fleisch 16, 1 Henne 40, 1 Kilo Wurst 35—37 Zloty; Mehl und Grütze gibt es nicht. Im Kurfj zahlte man für 1 Kilo Brot 1 Zloty, 1 Kilo Speck 18, 1 Kilo Fleisch 7, 1 Ei 0,60 Zloty. Im Kirgisengebiet fordert man für 1 Kilo Brot 1,5 Zloty, für 1 Kilo Butter 20, für 1 Kilo Speck 17,5, für 1 Kilo Fleisch 7 bis 12, 1 Kilo Zucker 5—7, für 1 Schachtel Zündhölzer 0,40 Zloty. Ein einfacher Anzug kostet in Tiflis 220—280 Zloty, in Wladystok 120—150, im Kirgisengebiet 250 bis 400, in Kurfj 150—200, in Kiew 120—180 Zloty. Für einen einfachen Baumwollanzug werden 180—250, für einen Wollanzug 400—700 Zloty gezahlt. Langstiefel kosten 300—700 Zloty.

Und bei diesen horrenden Preisen gibt es keine Ware. In manchen Gebieten fehlt es Monate lang an Grütze, Kartoffeln und Gemüse, und ein chronischer Mangel herrscht auch an Manufakturwaren, Anzügen und Schuhzeug. Im Gegensatz zu den sorgfältiger ausgeführten Exportwaren sind die Waren für den inneren Gebrauch oft direkt phantastisch in ihrer nachlässigen Ausführung und Ungenauigkeit. Doch der Sowjetbürger hat sich schon daran gewöhnt, daß die Uhr, die er kauft, eine beliebige Stunde anzeigt, daß ein Männerhemd nach dem Waschen sich zu einem Kinderhemd zusammenzieht, daß im fertigen Anzug die Ärmel verschiedene Maße haben und aus verschiedenem Material hergestellt sind usw.

Doch wenn sich auch jemand an alle diese „Unebenheiten“ gewöhnt hat, so bleiben die meisten dieser Waren

für ihn doch nur in der Sphäre der Träume. Denn wie ist es um die Löhne in Sowjetrußland bestellt? Der qualifizierte Arbeiter erhält monatlich 300 bis 400 Zloty, der qualifizierte Anfänger 150 bis 200 Zloty. Den Bureaubeamten findet man mit 200 bis 250 Zloty ab, ein Ingenieur bezieht 250 bis 300 Zloty, ein Spezialist 400 bis 600 Zloty, ein Lehrer 150 bis 250 Zloty, ein Professor an einer höheren Lehranstalt 400 bis 800 Zloty. Transportarbeiter erhalten täglich 2,5 bis 4,5 Zloty, der Steinklopfer 5,5 bis 6,5 Zloty, der Erdarbeiter für einen Kubikmeter ausgeschachteter Erde 0,7 Zloty, ein Milizsoldat aber bezieht ein Monatsgehalt von 120 bis 150 Zloty. Es ist klar, daß die hohen Würdenträger besonders in der Verwaltung, im Sicherheitsdienst und in der Industrie Tausende von Zloty monatlich beziehen, während das Durchschnittseinkommen einer Arbeiter- oder Beamtenfamilie bei zwei arbeitenden Personen 350 bis 450 Zloty monatlich nicht übersteigt, und die Familie eines Spezialisten (Ingenieur) oder Arztes über 400 bis 600 Zloty monatlich nicht hinauskommt.

Sowjetrußische Aufträge in England in den ersten zehn Monaten 1936.

Bessere Annahme der Auftragserteilung im Oktober d. J. D. C. Nach den Angaben der Sowjethandelsvertretung in London stellten sich die in England im Oktober 1936 placierten Auftragsaufträge auf 114 560 Pfund gegenüber 891 816 Pfund im Oktober 1935, was eine Zunahme der Auftragsumme um 228 244 Pfund, d. h. um 25 Prozent, ergibt. Anfolgend dieser Zunahme der Aufträge werden, so daß der Gesamtbetrag der in England in den ersten zehn Monaten d. J. placierten Aufträge mit 8 799 305 Pfund bereits um 145 661 Pfund, d. h. um rund 1,7 Prozent den entsprechenden Betrag für die ersten zehn Monate 1935 (8 653 644 Pfund) überschritten hat.

An den englischen Wirtschaftskreisen wird die seit August d. J. andauernde Zunahme der sowjetrußischen Auftragserteilungen als eine Folge des englisch-sowjetrußischen Kredit- und Lieferabkommens vom 28. Juli d. J. betrachtet, dessen Realisierung bekanntlich mit der demnächst bevorstehenden Ermittlung der sowjetrußischen Solawechsel auf dem Londoner Markt sichtbare Formen annehmen dürfte.

Unterzeichnung eines polnisch-schweizerischen Berechnungsabkommens.

Ende voriger Woche wurde in Warschau das polnisch-schweizerische Berechnungsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen bezieht sich auf die in der Schweiz einbezogenen polnischen Forderungen aus dem polnisch-schweizerischen Warenverkehr. Die Einzelheiten auf die Konten der einzelnen polnischen Exporteure bei der Polnischen Kompensations-Handelsgesellschaft werden zu verschiedenen Kurzen des Schweizer Frank vorgenommen werden, nachdem die Einzelzahlung in der Schweiz vor oder nach der Abwertung des Schweizer Frank erfolgte. Das Abkommen tritt am 1. Dezember in Kraft. Anfang Dezember werden in Bern die Verhandlungen wegen eines allgemeinen Berechnungsabkommens und eines Zusatzabkommens zum polnisch-schweizerischen Handelsvertrag fortgesetzt werden.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 25. November.

Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (117,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit. Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5%, Unreinigkeit, Brauerste ohne Gewicht. Gerste (61-667 g/l. (112-113 f. h.) zulässig 1%, Unreinigkeit. Gerste 643-649 g/l. (108,9-109,9 f. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620,5-626,5 g/l. (105,1-106 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Roggen	480 to	19,00—19,50	gelbe Lupinen	to	—
Roggen	to	—	Beluchten	to	—
Roggen	to	—	Gerste 661-667 g/l.	to	—
Hafer	75 to	16,25—16,45	Brauerste	to	—
Staub-Weizen	to	—	Speielfart.	to	—
Roggenkleie	to	—	Sonnen-	to	—
Weizenkleie, gr.	to	—	blumentuchen	to	—

Richtpreise:

Roggen	19,00—19,25	Weizenkleie, mittl.	12,50—13,00
Standardweizen	25,25—25,50	Weizenkleie, grob	13,75—14,00
a) Braugerste	25,00—25,50	Gerstenkleie	14,25—15,00
b) Einheitsgerste	—	Winterraps	44,50—45,50
c) Gerste 661-667 g/l.	21,00—21,50	Rüben	41,50—43,50
d) 643-669 g/l.	20,75—21,00	blauer Mohr	62,00—65,00
e) 620,5-626,5 g/l.	20,00—20,25	Senf	30,00—33,00
Hafer	16,25—16,50	Leinamen	40,00—43,00
Roggen	—	Beluchten	21,00—22,00
Auszugmehl 0-30%	—	Widen	20,00—21,00
Roggenmehl 0-50%	29,25—29,75	Seradella	—
0-65%	27,75—28,25	Felderbsen	20,00—21,00
Roggenmehl 1150-65%	22,75—23,25	Bittoriaerbsen	22,00—26,00
Roggen	—	Poljaererbsen	21,00—24,00
nachmehl 0-95%	22,50—23,25	blaue Lupinen	10,00—11,00
über 65%	—	gelbe Lupinen	12,50—13,50
Weiz. Ausz. 10-20%	41,25—42,75	Gelbklee, enthüllt	—
Weizenmehl A 0-45%	40,25—40,75	Weißklee, unger.	115,00—135,00
IB 0-55%	39,50—40,00	Rotklee, unger.	100,00—120,00
IC 0-60%	38,75—39,25	Rotklee 97% aer	125,00—140,00
ID 0-65%	38,00—38,50	Speielfartoffeln Bom.	3,50—4,00
IIA 20-55%	34,25—35,25	Speielfartoffeln n. Prot.	3,00—3,50
IIB 20-65%	33,75—34,75	Fabrikartoff. p. kg., f. Fbr. 17%, kr	15,50—16,00
IIC 45-55%	32,75—33,75	Kartoffelstod.	—
IID 45-65%	32,00—33,00	Leintuchen	21,00—21,50
IIE 55-60%	30,75—31,75	Rapsstuch	16,50—17,00
IIF 55-65%	27,75—28,25	Sonnenblumentuch	—
IIG 60-65%	26,75—27,25	42-45%	21,50—22,50

Weizenstroh nachmehl 0-95% 29,75—30,25
Roggenkleie 13,25—13,50
Weizenkleie, fein 13,00—13,50

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen, Roggen- und Weizenmehl stetig, Gerste und Hafer ruhig. Transaktionen an anderen Verbindungen:

Roggen	725 to	Speielfartoff.	to	Safer	170 to
Weizen	309 to	Fabrikartoff.	80 to	Beluchten	37 to
Braugerste	55 to	Saartartoffeln	to	Raps	to
a) Einheitsgerste 296 to	to	Kartoffelstod.	to	Sonnenblumen-	to
b) Winter-	to	blauer Mohr	5 to	ferne	to
c) Sommer-	to	Senf	to	Buchweizen	to
Roggenmehl 103 to	to	Gerstenkleie	10 to	blaue Lupinen	to
Weizenmehl 35 to	to	Seradella	to	Rüben	to
Bittoriaerbsen 11 to	to	Trödenmischel	to	Widen	to
Felderbsen	to	Maistklee	to	Gemetae	15 to
Poljaererbsen	to	Leintuchen	to	Leinamen	to
Roggenkleie 30 to	to	Rapsstuch	to	Buchweizen	to
Weizenkleie 10 to	to	Maistklee	to	Pferdeböhen	30 to

Gesamtangebot 2257 to, Gelbfleischige Speielfartoffeln über Notiz.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Alee vom 24. Novbr. Preise in Sfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unzerzollt. Weizen: Manitoba I (Hard Atlantic) p. Novbr. — Doll., Manitoba II (Soft) —, p. Nov. —, 4,89 Doll., Rotklee 80 kg f. 1000 kg (Schiff) —, p. Dez. 161/6 sh., Barujio 80 kg (Schiff) —, p. Dezember 161/6 sh., Bahia 80 kg p. Novbr. —, Gerste: Wlata 60-61 kg per November —, russ. Gerste 64-65 kg —, Gerste 64-65 kg (Schiff) —, p. Dezbr. 124 — sh., 67-68 kg (Schiff) —, p. Dezbr. 126 — sh.; Roggen: Wlata 72-73 kg p. Dezbr. 126 — sh.; Safer: Wlata Unclipped fac 46-47 kg per Dezember 100/ — sh., Wlata Clipped 51-52 kg per Dezember 102 — sh., Safer 54-55 kg p. Dezbr. —; Weizen: Wlata p. Novbr. 219 — sh., p. Dezbr. 215/6 sh.; Mais: Wlata per Novbr. 98 — sh., p. Dezbr. 97/6 sh., per Januar 99 — sh.; Weizenkleie: Pollards per Novbr. 117/6 sh., Bran p. Novbr. 105/ — sh.

Biehmarkt.

(Wiederholt für einen Teil unserer Auflage.)

Pofener Viehmarkt vom 24. November. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: Rinder 400 (darunter 25 Ochsen, 110 Bullen, 265 Kühe, — Färren, — Junavieh), 485 Kälber, 75 Schafe, 1550 Schweine, zusammen 2510 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty Preise 100 Viehmarkt Bojen mit Handelskosten:

Rinder: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete Ochsen von höchstem Schlachtgew. nicht angep. 66—70, vollfleischig, ausgem. Ochsen bis zu 3 J. 56—60, junge, fleischig, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 50—54, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 42—48.

Bullen: vollfleischige, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 56—60, vollfleischig, jüngere 50—54, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 44